



economie
feministe



Studie

Länderstudie
Deutschland

Corona, Care und Frauen

Dr. Silke Chorus
Dr. Christine Rudolf



Impressum

Herausgeberin

Economiefeministe

Postfach

3001 Bern

plattform@economiefeministe.ch

www.economiefeministe.ch

Autorinnen

Dr. Silke Chorus

Dr. Christine Rudolf

Corona, Care und Frauen

Länderstudie Deutschland

Inhalt

1	Einleitung	4
2	Corona-Beschränkungen und Folgen der Pandemie	5
3	Hilfsprogramme und Stimuli	10
4	Auswirkungen auf die bezahlte und unbezahlte Care-Ökonomie	13
	Privathaushalte	13
	Zunahme der häuslichen Gewalt	15
	Pflege-Arbeit	16
5	Pflegenotstand in Deutschland	18
	Pflegepersonal­mangel in den Kliniken und der stationären Altenpflege	20
	Systemische Ursachen für den Pflegenotstand	21
	Aktuelle Reformen (Reförmchen) in der Pflege	23
6	Diskurse – feministisch, Mainstream, Forschung	26
	Gender Care Gap	26
	Digitalisierung	29
	Systemrelevanz	30
7	Aber was kommt nach dem Applaus?	32
	Im bezahlten Pflegesektor	32
	In der unbezahlten Arbeit	34
8	Ausblick	36
9	Überblick über Studien zu Corona aus feministischer Sicht	39

1 Einleitung

Autorinnen

Silke Chorus: Promotion 2012 an der *Graduate School of North American Studies* im Bereich feministische politische Ökonomie. Vielfältige wissenschaftliche und politische Tätigkeiten im Bereich Care-Ökonomie. Arbeitet heute selbständig als Transformationsmentorin und ist Coach, Trainerin und Organisationsentwicklerin.

Online: silke-chorus.com.

Christine Rudolf: Promotion am *Otto-Suhr-Institut* an der *FU Berlin* zu Gender Budgeting in deutschen Bundesländern. Ehemalige Landtagsabgeordnete, Lehrbeauftragte an verschiedenen Hochschulen, geschäftsführende Vorständin der Genossenschaft Schokofabrik eG. Themenschwerpunkte: geschlechtergerechte Haushaltspolitik, gerechte Steuerpolitik und Makroökonomische Feministische Theorie.

Online: www.christine-rudolf.de.

Die Corona-Pandemie hat in Deutschland tiefgreifende Veränderungen im gesellschaftlichen Leben erzeugt. Unmittelbar für alle ist etwa die Zunahme der physischen Distanz als direkte Verhaltensänderung zur Minimierung des Ansteckungsrisikos und Reduktion der Erkrankungen sowie schwerer Covid-Verläufe zu nennen. Ab März 2021 folgten politische Entscheidungen, auf der einen Seite zum gesundheitlichen Schutz der Bevölkerung vor Infektionen und deren Folgen im Gesundheitswesen, auf der anderen Seite zur Beseitigung von materiellen Einbußen und Verlusten durch die verordneten Einschränkungen für Personen und Unternehmungen. Die Studie wird beides getrennt voneinander aus dem Blickwinkel der Sorge- und Versorgungsarbeit¹ und der Gerechtigkeit der Massnahmen in ihrer Wirkung auf die Geschlechter untersuchen. Dabei liegt das Augenmerk auf der Care-Arbeit für abhängige Menschen. Dies um-

fasst die Arbeit mit Kranken und zu Pflegenden sowie die Betreuung und Bildung von Kindern in bezahlter und unbezahlter Form.

Erstmals war in einer Krise die Care-Arbeit zeitlich unmittelbar direkt und indirekt von den Auswirkungen betroffen. Im Fokus stehen dabei die Verlagerung der bezahlten Care-Arbeit aus bestehenden Strukturen in die unbezahlte Arbeit in den Haushalten sowie die Situation in Pflegeberufen. Die Studie umschließt den Zeitrahmen von Ende März 2020 bis Ende Mai 2021. Dabei werden die drei bisher bekannten Wellen in der Zusammenschau betrachtet.

1 Unter Sorge- und Versorgungsarbeit verstehen wir alle personenbezogenen und haushaltsnahen Dienstleistungen – also alle unbezahlten und bezahlten Tätigkeiten rund um die direkte Sorge *für* und Versorgung *von* Menschen.

2

Corona-Beschränkungen und Folgen der Pandemie

Am 27. Januar 2020 meldete das bayrische Gesundheitsministerium den ersten Corona-Fall Deutschlands. Die Fallzahlen stiegen rasant, die Situation wurde von der WHO als gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite (höchste Warnstufe) bezeichnet. Am 13. März 2020 folgte der sogenannte Corona-Lockdown. Schulen, Kitas, Geschäfte, Restaurants, Kinos, Theater und vieles mehr wurden geschlossen. Am 20. März wurden Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen erlassen. Zwei Tage nach dem Bundestag, am 27.03.2020, hat der Bundesrat das Corona-Krisenpaket gebilligt. Dabei handelt es sich um ein Paket von 6 Gesetzen: Massnahmen zur sozialen Absicherung², Krankenhausentlastung³, Infektionsschutzgesetz⁴,

-
- 2 Darin enthalten ist der erleichterte Zugang für Kleinunternehmer*innen und Solo-Selbstständige zur Grundsicherung: hierfür wurde die Vermögensprüfung ausgesetzt. Die Voraussetzungen für den Kindergeldzuschlag wurden dahingehend geändert, dass für den Anspruch ausnahmsweise nur das Einkommen des letzten Monats vor Antragstellung massgeblich ist. Ausserdem wurde die Bezugszeit um ein halbes Jahr ohne Einkommensprüfung verlängert. Hinzu kommen die Unterstützung sozialer Dienste durch einen Sicherstellungsauftrag der öffentlichen Hand und Anreize zur Aufnahme systemrelevanter Beschäftigung durch die Genehmigung, während des Bezugs von Kurzarbeitsgeld in diesen Bereichen einer Beschäftigung nachzugehen. Die Bundeseinheitlichen Ausnahmen der Arbeitszeitvorschriften wurden ausgesetzt, um den Betrieb im Gesundheitswesen, der Daseinsvorsorge und der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten. Die abzugsfreie Hinzuverdienstmöglichkeit von Rentner*innen wurde von 6 300 Euro auf 44 590 Euro angehoben.
 - 3 Die Bettenkapazität in den Krankenhäusern wurde erhöht und zusätzliche intensivmedizinische Behandlungsmöglichkeiten eingerichtet. Krankenhäuser erhielten einen finanziellen Ausgleich für geplante und verschobene Operationen oder Behandlungen und für jedes zusätzlich geschaffene Intensivbett gab es einen Bonus von 50 000 Euro, sowie einen Zuschlag pro Patient*in von 50 Euro für die erweiterten Hygienemassnahmen. Der Pflegeentgeltwert erhöhte sich um 38 Prozent auf 185 Euro. Die Ambulante Versorgung wurde durch Ausgleichszahlungen für Honorareinbussen an Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen kombiniert mit der Erstattung der Mehrkosten des Aufwandes bei der Versorgung von Corona-Infizierten.
 - 4 Enthielt zusätzliche Kompetenzen für den Bund zur Pandemie-Bekämpfung in Form von Einschränkungs-möglichkeiten des grenzüberschreitenden Personenverkehrs. Das Bundesgesundheitsministerium erhielt Befugnisse zur Verordnung von Massnahmen zur Sicherstellung der Versorgung mit Arznei, Hilfsmitteln, Medizinprodukten, Desinfektionsmitteln und Laborlogistik. Ausserdem für die Auszahlung

Miet-, Insolvenz- und Strafprozessrecht⁵ sowie der 1. Nachtragshaushalt. Ab dem 20. April 2020 wurden erste Lockerungen der Schutzmassnahmen in Form von Öffnungen der Läden mit Einkaufsmöglichkeiten über den täglichen Bedarf hinaus bis 800 Quadratmeter vorgenommen.

Der Beginn der zweiten Welle, also der Anstieg der Neuinfektionen, der in Deutschland immer im Zusammenhang mit einer möglichen Überlastung der Intensivbetten und der Gefahr von Triage-Entscheidungen diskutiert wurde, lässt sich nicht eindeutig terminieren. Die getroffenen Massnahmen wurden vielmehr Step-by-Step zwischen August und Dezember 2020 ausgeweitet und in der dritten Welle im Frühjahr 2021 bis hin zu nächtlichen Ausgangssperren verschärft.

Die Schliessung von Schulen, Kindertagesstätten und Kindergärten wurde von den Bundesländern zum Teil gemeinsam abgesprochen, zum Teil aber auch sehr verschieden geregelt. Instrumente wie Fernunterricht, Pendel-, beziehungsweise Wechselunterricht, wurden an Schulen erprobt. Im Schnitt fehlten Kindern und Jugendlichen in Deutschland in den letzten beiden Schuljahren (Stand November 2021), mehr als die Hälfte des Unterrichts. Kita und Schule als sozialer Ort sind durch die Pandemie verloren gegangen.⁶ Die soziale Herkunft und die Unterstützungspotenziale der Familien hatten wesentlichen Einfluss darauf, wie gut oder schlecht Heranwachsende durch diese noch andauernde Krise kamen und kommen.⁷ Ein Ende dieses – der Situation unangemessenen – Flickenteppichs ist nicht

von Entschädigungsgeld für Eltern für die durch die Schliessung von Einrichtungen notwendige Kinderbetreuung und den Bau von medizinischen Einrichtungen. Diese Befugnisse waren zeitlich begrenzt und liefen am 30.6.2021 aus.

- 5 Der Schutz vor Kündigung für Mieter*innen sowie Kleinunternehmen, die ihre Miete nicht zahlen können, sowie Regelungen zur Stundung von Verbaucher*innendarlehen. Das Insolvenzrecht wurde bis zum 31.4.2021 ausgesetzt. Strafgerichte konnten Hauptverhandlungen für maximal drei Monate und zehn Tage unterbrechen, im Gegensatz zu drei Wochen, wie in nicht Corona-Zeiten. Ebenfalls enthalten waren erweiterte Möglichkeiten zur Beschränkung der Bewegungs- und Versammlungsfreiheit. Sowie das Aussetzen der Pflicht zu Versammlungen im Genossenschafts-, Gesellschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohneigentumsrecht.
- 6 Wilfried Schubarth: «Wir wollen wieder in die Schule» – Schule als sozialen Ort (wieder) entdecken. Bundeszentrale für politische Bildung: www.bpb.de/gesellschaft/bildung/zukunft-bildung/318607/schule-als-sozialer-ort (18.7.2021)
- 7 Deutscher Gewerkschaftsbund: Corona-Krise verstärkt soziale Ungleichheit. Aktuelle Studien zu Corona. Einblick Juni 2020. www.dgb.de/themen/++co++6bf77ed6-9f34-11ea-9db2-525400e5a74a (18.7.2021)

in Sicht. Es wurden keine flächendeckenden Vorkehrungen getroffen, dies sicher zu gewährleisten.⁸

Die Versorgung für Kranke in den niedergelassenen Arztpraxen und den Krankenhäusern war vor allem in der ersten Welle, zum Teil aber auch in der zweiten Welle, stark eingeschränkt. Die niedergelassenen Praxen waren nur unzureichend für die notwendigen Abstandsgebote ausgestattet, mussten ihr Patent*innenmanagement von vollen Wartezimmern auf Warteschlangen vor der Tür umstellen und konnten nicht die gleiche Zahl an Hilfesuchenden behandeln wie zuvor. Seit niedergelassene Ärzt*innen impfen dürfen, ist ausserdem ein Teil der Kapazität dafür reserviert.

Krankenhäuser mussten für die Behandlung von Covid-19-Patient*innen Betten freihalten, vor allem im Intensivbereich. Quarantänestationen mussten ausgeweitet werden. Geplante Operationen, die möglicherweise ex post intensivmedizinisch behandelt werden müssten, wurden ausgesetzt. Vorsorgeuntersuchungen blieben aus.⁹ Die Zahl der statistisch erfassten Krebserkrankungen ist signifikant zurück gegangen.¹⁰ Zu vermuten ist, dass dies auch auf andere schwere Erkrankungen zutrifft.

Die Mortalität von Covid-19-Erkrankten pro 1 Million Einwohner*innen liegt in Deutschland im Juli 2021 bei 1093 Personen.¹¹ Im europäischen Vergleich ein eher niedriger Wert. Auffällig ist zum einen die erhöhte Sterblichkeit von Frauen und Männern in benachteiligten Regionen¹² und zum anderen die unterschiedliche Mortalitätsrate in sozialen Gruppen: «Das Risiko für schwere Krankheitsverläufe ist insbesondere bei sozial schwächer ge-

8 ARD Tagesschau vom 25.06.2021: RKI für Maskenpflicht an Schulen bis 2022. www.tagesschau.de/inland/rki-schulen-101.html (18.7.2021)

9 Projektbericht RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Technische Universität Berlin: Analysen zum Leistungsgeschehen der Krankenhäuser und zur Ausgleichspauschale in der Corona-Krise. www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/C/Coronavirus/Analyse_Leistungen_Ausgleichszahlungen_2020_Corona-Krise.pdf (16.7.2021)

10 Gisela Gross: Weniger Krebsbehandlungen im und nach Corona-Lockdown 2020 (Studie). www.aerztezeitung.de/Politik/Weniger-Krebsbehandlungen-im-und-nach-Corona-Lockdown-2020-416238.html (16.7.2021)

11 Stand Juli 2021. statista: Letalitätsrate beim Coronavirus (COVID-19) in den am stärksten betroffenen Ländern. de.statista.com/statistik/daten/studie/1103785/umfrage/mortalitaetsrate-des-coronavirus-nach-laendern/ (16.7.2021)

12 Robert Koch Institut: Soziale Unterschiede in der COVID-19-Sterblichkeit während der zweiten Infektionswelle in Deutschland. www.rki.de/DE/Content/GesundAZ/S/Sozialer_Status_Ungleichheit/Faktenblatt_COVID-19-Sterblichkeit.html (16.07.2021)

stellten Menschen deutlich erhöht.»¹³ Die Wahrscheinlichkeit an Covid-19 zu sterben hängt auch vom Zeitpunkt der Erkrankung ab und von der Klinik, in der eine Behandlung durchgeführt wird. Aus dieser Erkenntnis wurde ein nationales Forschungsnetzwerk unter den Universitätskliniken eingerichtet.¹⁴

Die Zahl der in der Altenpflege Beschäftigten hat sich im Jahr 2020 weniger positiv entwickelt als in den Vorjahren. In den vergangenen fünf Jahren stieg die Zahl der Beschäftigten zwischen 1 Prozent und 4,9 Prozent. Im Jahr 2020 betrug der Zuwachs nur 2 Prozent. In den Krankenhäusern sieht die Situation etwas besser aus. Hier gab es auch während der Pandemie einen Zuwachs an Beschäftigten. Dass das Pflegepersonal in Krankenhäusern im bundesweiten Durchschnitt ca. 500 € mehr verdienen als in der Altenpflege, dürfte dabei eine Rolle spielen.¹⁵

Vor allem die Gesundheitsämter, die die Nachverfolgung von Ansteckungsketten und örtlichen Intensivausbrüchen gewährleisten müssten, waren und sind zum Teil mangels Personal restlos überfordert.¹⁶ Die für 69 Millionen Euro teure entwickelte Corona-Warn-App konnte diese Lücke aufgrund fehlender Akzeptanz nicht schließen. Obwohl seit ihrer Lancierung um viele Funktionen erweitert, hat nur die Hälfte der Bevölkerung sie installiert.¹⁷ Nach Angaben des Robert Koch Instituts haben lediglich etwa eine halbe Million Menschen andere Personen nach einer Risiko-Begegnung gewarnt. 40 Prozent der Nutzer*innen tun dies aber nicht.¹⁸ De facto bedeutet dies,

13 AOK-Gesundheitsreport 2021: Regionale Unterschiede bei der Corona-Sterblichkeit: www.presseportal.de/pm/135478/4944279 (18.7.2021)

14 Charité – Universitätsmedizin Berlin: Charité koordiniert Netzwerk der deutschen Universitätsmedizin zur Erforschung von COVID-19. www.charite.de/die_charite/themen/charite_koordiniert_netzwerk_der_deutschen_universitaetsmedizin_zur_erforschung_von_covid_19/ (16.7.2021)

15 Bericht des Bundesamts für Arbeit: Arbeitsmarktsituation im Pflegebereich. statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Themen-im-Fokus/Berufe/Generische-Publikationen/Altenpflege.pdf?__blob=publicationFile&v=7 (22.07.2021)

16 TAZ: Völlig überfordert. In: taz.de/Personalnot-in-Gesundheitsaemtern/!5819662/ (10.12.2021)

17 statista: Anzahl der Downloads der Corona-Warn-App über den Apple App Store und den Google Play Store in Deutschland von Juni 2020 bis September 2021. de.statista.com/statistik/daten/studie/1125951/umfrage/downloads-der-corona-warn-app/ (19.07.2021)

18 Leon Scherfig: Corona-App: So wirksam wie alle Bundesämter zusammen? In: Berliner Morgenpost, 16.06.2021: www.morgenpost.de/vermischtes/article232552415/corona-app-wirksamkeit-updates-infektionen-rki.html (19.07.2021)

die App wird nur von etwa einem Viertel der Bevölkerung wirklich genutzt. Vor allem die Haushalte waren und sind von den Auswirkungen der Corona-Pandemie stark belastet. Plötzlich mussten in den eigenen vier Wänden viele neue Herausforderungen gemeistert werden, angefangen bei der Versorgung von an Covid-19 erkrankten Mitbewohner*innen und Familienmitgliedern, der Einhaltung damit verbundener Quarantänemassnahmen, der Betreuung von Kindern und Jugendlichen, deren Einrichtungen entweder ganz geschlossen waren oder nur eingeschränkt Angeboten wurden, bis hin zur Verlagerung der bezahlten Arbeit in die häusliche Umgebung. Erschwert wurde diese Situation durch die Kontaktbeschränkungen, die eine Unterstützung von beispielsweise Grosseltern oder Nachbar*innen, Freund*innen oder Hilfeeinrichtungen nahezu unmöglich machten. Neben der zum Teil grossen räumlichen Enge, war die zeitliche Doppelbelastung ein schwer zu bewältigendes Problem: Schulaufgaben betreuen, Essen zubereiten und bezahlt arbeiten, sind zeitraubend. Unzureichende Betreuung durch Schulen und Lehrkräfte erschweren diese Situation zusätzlich.

Die Verlagerung all dessen, was sonst an verschiedenen Orten von mehreren Personen geleistet wird, wurde unbezahlt oder nur teilweise erstattet in die Haushalte geschoben. Die Stimmen, die davor warnten, welche Schäden dies bei den betroffenen Personen verursachen würde, wurden weitgehend ignoriert. Die Entscheidungen als alternativlos erklärt. Erste Studien lassen darauf schliessen: Die zuvor bereits bestehende Ungleichverteilung der unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern hat sich unter Pandemiebedingungen noch verstärkt. Zwar haben beide Geschlechter ihre Zeit erhöht, die sie mit unbezahlter Arbeit verbracht haben – Frauen allerdings in einem viel grösserem Masse als Männer: «24 Prozent der Mütter sagen, sie hätten im Lockdown Kinderbetreuung alleine gestemmt – unter den Vätern sagen dies nur fünf Prozent.»¹⁹ Auch die Einkommenssituation von Frauen hat sich durch die Krise weit mehr verschlechtert als die von Männern. Die Lohnlücke ist in den letzten beiden Jahren gewachsen.²⁰

19 DIW Berlin: Sorgearbeit während der Corona-Pandemie: Mütter übernehmen größeren Anteil – vor allem bei schon zuvor ungleicher Aufteilung. DIW Wochenbericht 9, 2021, S. 131-139. www.diw.de/de/diw_01.c.812230.de/publikationen/wochenberichte/2021_09_1/sorgearbeit_waehrend_der_corona-pandemie__muetter_uebernehme__n_anteil____vor_allem_bei_schon_zuvor_ungleicher_aufteilung.html (18.7.2021)

20 Deutscher Gewerkschaftsbund: Corona-Krise verstärkt soziale Ungleichheit. Aktuelle Studien zu Corona. Einblick Juni 2020. www.dgb.de/themen/++co++6bf77ed6-9f34-11ea-9db2-525400e5a74a (18.7.2021)

3

Hilfsprogramme und Stimuli

Der öffentliche Haushalt des Bundes wurde über mehrere Nachtragshaushalte im Jahr 2020 aufgestockt und mit einem erhöhten Ansatz 2021 sowie einem weiteren Nachtragshaushalt verabschiedet. Darin enthalten sind Hilfsprogramme und Stimuli. Das geplante Volumen für das Haushaltsjahr 2020 betrug im ersten Nachtrag zum Bundeshaushaltsplan 146,5 Milliarden Euro und im zweiten Nachtrag 24 Milliarden Euro. Für das Jahr 2021 wurde ein um ca. 100 Milliarden Euro erhöhter Haushalt beschlossen, in einem Nachtrag wurde dieser Aufschlag noch einmal um 60 Milliarden Euro erhöht. Damit beträgt das Gesamtvolumen des Haushaltes im Jahr 2021 547,7 Milliarden Euro. Für Stimuli wurden im Jahr 2020 71,3 Milliarden Euro eingestellt. Darüber hinaus legten die Bundesländer eigene Programme über ihre Förderbankstruktur zur Liquiditätssicherung für Kultur, Vereinsarbeit und vieles mehr in Form von Darlehen und Zuschüssen auf. Diese konnten in der Studie nicht berücksichtigt werden. Die Gliederung der einzelnen Massnahmen ist in der untenstehenden Tabelle (S.11) dargestellt. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Haushaltsansätze und nicht um tatsächlich geleistete Zahlungen. In manchen Bereichen scheinen die Mittel nur teilweise abgerufen zu werden.

Neben einer Ausweitung des Kurzarbeiter*innengeldes (Kug), stehen für gesetzlich Versicherte pro Elternteil 30 Krankheitstage für die Betreuung von Kindern, die krank sind oder deren Einrichtung geschlossen ist, zur Verfügung, für Alleinerziehende 60 Tage. Bei mehreren Kindern gibt es noch etwas mehr. Wer coronabedingt Angehörige pflegt, soll bis zu 20 Tagen frei bekommen. Es gibt staatliche Hilfen für belastete Unternehmen. Für Künstler*innen, Kleinselbstständige und Kleinunternehmer*innen greift die Grundsicherung. Eltern, die während des Lockdowns ihre Kinder unter 12 Jahren zu Hause betreut haben, erhielten eine Entschädigung für Lohnausfälle bis zu 20 Wochen, das gleiche gilt für Alleinerziehende. Dabei wurden 67 Prozent des Nettoverdienstauffalls erstattet.

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als ob Geld ohne Ende zur Verfügung gestellt wäre. Die Grössenordnungen von Geldern, die direkt als Förderung

Corona-Hilfspakete	Inhalt	2020			2021		
		Bund	KfW	Bundesagentur für Arbeit	Bund	KfW	Bundesagentur für Arbeit
Steuerlicher Verluſtrücktrag	Vorauszahlungsleistungen werden erlassen	1 Mrd. €			1 Mrd. €		
Degressive Abschreibung erhöht	Von 2,5 auf max. 25 %	3 Mrd. €			3 Mrd. €		
Investitionen des Bundes	Werden vorgezogen in den Bereichen Digitalisierung, Verwaltung und Rüstung, Gesundheit z.T. aus Next Generation EU	50 Mrd. € auf mehrere Jahre verteilt					
Mehrwertsteuersenkung Gastronomie und Mehrwertsteuersenkung allgemein vom 1.7 bis 31.12.2020	Senkung von 19 % auf 7 % auf alle Speisen und Getränke Senkung der allgemeinen Mehrwertsteuer von 19 % auf 16 %	20 Mrd. €					
Unterstützung der Kulturschaffenden					1 Mrd. €		
Förderprogramm zur Stützung der Wirtschaft I, II und III, sowie Sonderzahlungen an einzelne Unternehmen z.B. Lufthansa	18 Mrd. € für k Unternehmen und Soloselbständige, 21 Mrd. € für k.u.m Unternehmen	100 Mrd. €	100 Mrd. €		100 Mrd. €	100 Mrd. €	
Schnellkredite für Unternehmen	3 % Zinsen, ohne Bonitätsprüfung		ca. 60 Mrd. €			19,7 Mrd. € im ersten Quartal	
Maßnahmen zur Stabilisierung gemeinnütziger Organisationen	Sozialunternehmen, Jugendherbergen, Jugendbildung, u.ä.	0,9 Mrd. €					
Stärkung der Kommunen	Der Bund erhöht seinen Anteil an den Kosten für die Unterkunft von Bedürftigen, gleicht die Gewerbesteuerausfälle der Kommunen zur Hälfte aus und stärkt den Öffentlichen Nahverkehr sowie den Gesundheitssektor.	12,5 Mrd. €			12,5 Mrd. €		
Entlastung bei den Stromkosten	Senkung der EEG-Umlage in 2021 bei 6,5ct/kwh				6 Mrd. €		
Pandemiebedingte Sonderzahlungen an Krankenhäuser	Für Beschäftigte, dies haben 433 Krankenhäuser erhalten, Auszahlung an Beschäftigte in Höhe von 500€				6,5 Mrd. €		
Kurzarbeitsgeld	1-3 Bezugsmonat 60/67% bei mindestens 1 Kind, ab dem 4. Bezugsmonat 70/77 %, ab dem 7. Bezugsmonat 80/87% des Netto-Engelns					19 Mrd. €	19 Mrd. €
Lohnersatzleistung zur Kinderbetreuung zu Hause	67 % des Netto-Engelns, Höchstbetrag 2 016 €					8,1 Mrd. € für Sozialversicherungen	
Kinderbonus	300 € per 2020 und 150 € per 2021	4,3 Mrd. €			2,1 Mrd. €		
Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende	Von 1908 € auf 4000 €						
Coronazuschuss und erleichterter Zugang für Grundsicherungsempfänger:innen	€ 150	7,5 Mrd. €			7,5 Mrd. €		

Quelle: Bundesministerium für Finanzen, Bundesagentur für Arbeit, KfW

oder in Form von gewährten Bürgschaften in Unternehmen geflossen sind, sind allerdings ungleich höher, als die, die den privaten Haushalten zur Verfügung gestellt wurden. Sie belaufen sich für beide Jahre grob gerechnet auf 278 Milliarden Euro. Kommunen erhalten voraussichtlich 25 Milliarden Euro. In die Haushalte hingegen floss einschliesslich Kurzarbeitsgeld, das ja auch für Unternehmen als Entlastung dient, ca. 80 Milliarden Euro. Tendenziell bekamen Akteur*innen, die schon viel haben, mehr Unterstützung als diejenigen, die über wenig Einkommen verfügen: Das Pandemiegeschehen und die erfolgte staatliche Reaktion haben Ungleichheit verstärkt.²¹ Sowohl die nachgewiesene stärkere Reduzierung der Erwerbsarbeit zur Bewältigung der durch die Pandemie entstandenen Betreuungsarbeit durch Frauen, sowie die Koppelung der Lohnersatzleistungen an das Nettoeinkommen hat den Gender Overall Earnings Gap (GOEG) in den letzten beiden Jahren vergrössert.²²

Bei der Diskussion, wem wie geholfen werden muss und soll, wurde interessanterweise sehr häufig diskutiert, dass dies die Gelegenheit wäre, etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen. Diese Überlegungen blieben in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit aus, es wurde lediglich darauf hingewiesen, dass sich die materielle Situation von Frauen verschlechtere und die Belastung zunehme – aber nicht, wie dem abgeholfen werden könnte.

21 Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften: Ökonomische Folgen der Coronavirus-Pandemie: Leopoldina zeigt Handlungsoptionen auf. www.leopoldina.org/presse-1/nachrichten/oekonomische-folgen-der-coronavirus-pandemie/ (22.07.2021)

22 CloseEconDataGap: www.closeecondatagap.de/zahl-1-380/ (10.12.2021)

4

Auswirkungen auf die bezahlte und unbezahlte Care-Ökonomie

Die Corona Krise betrifft in vielfacher Hinsicht die unbezahlte und die bezahlte Care-Ökonomie. Ob in den Privathaushalten, in Krankenhäusern und auf den Intensivstationen oder in den Pflegeheimen – an all diesen Stellen der Care-Ökonomie bedeutete Corona eine Intensivierung der Arbeit, eine damit verbundene Mehrbelastung der Care-Arbeiter*innen und in vielen Fällen auch eine Verschlechterung der Care-Qualität. Bilder von erschöpftem Pflegepersonal in Krankenhäusern, in Pflegeheimen aber auch von aufgeriebenen Eltern zu Hause wurden während der Pandemie gezeigt. Die Arbeitskräfte der Care-Ökonomie (bezahlt und unbezahlt) waren in der Krise bis an ihre Grenzen belastet und vielfach auch darüber hinaus.

Privathaushalte

Die Lockdown Massnahmen führten zu einer massiven Verschiebung von öffentlich organisierter Care- und Bildungsarbeit für abhängige Kinder (Kinderbetreuung, Schule, Vereinsangebote, ausserschulische Bildungs- und Freizeitangebote) in die Privathaushalte und damit weitestgehend in die unbezahlte Care-Ökonomie. Eltern – und hier mehrheitlich, wenn nicht gleich allein, die Mütter – bewältigten in den Lockdowns die Kinderbetreuung. Und zwar zeitgleich mit Home-Office oder an Stelle der Lohnarbeit. Eine Intensivierung der Arbeit und der Mehrfachbelastung in den Haushalten war die Folge. Bujard et al. (2020)²³ gehen von rund 10,6 Millionen Eltern aus, deren jüngstes Kind unter zwölf Jahre alt ist und die daher in besonderem Masse von den Schliessungen von Kinderbetreuungseinrichtungen und

23 Bujard, M. / Laß, I. / Diabaté S. / Sulak, H. / Schneider, N.F. (2020): Eltern während der Corona-Krise: Zur Improvisation gezwungen. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden.

Schulen betroffen waren. Die Daten des Online-Personen-Panels «Leben und Erwerbstätigkeit in Zeiten von Corona» zeigen, dass die Belastung von erwerbstätigen Eltern mit Kindern während der Corona-Krise rasant angestiegen ist.²⁴ 49 Prozent aller erwerbstätigen Mütter und 44 Prozent aller erwerbstätigen Väter berichteten von einer stark gestiegenen Belastung.²⁵ Care- und Home-Office-Arbeiter*innen ist die Mehrbelastungen anzumerken.²⁶ Nicht von ungefähr ist von einem Corona-Burnout²⁷ die Rede.

Je nachdem, wie die Haushalte mit sonstigen Ressourcen, Privilegien und emotionalen Möglichkeiten beziehungsweise mentalen Kapazitäten ausgestattet waren, hat die Qualität der Care-Arbeit unter dieser Intensivierung extrem gelitten. Abzulesen ist dies unter anderem an der gesundheitlichen und psychologischen Situation jüngerer Kinder und Jugendlicher in Deutschland während Corona. Fast jedes dritte Kind in Deutschland zeigte ein Jahr nach dem ersten Lockdown unter anderem psychische Auffälligkeiten, depressive Symptome oder psychosomatische Symptome.²⁸

24 aertzteblatt.de: Familien in Coronazeit überdurchschnittlich belastet. www.aerzteblatt.de/nachrichten/126655/Familien-in-Coronazeit-ueberdurchschnittlich-belastet (31.08.2021)

25 Globisch, C. / Osiander C. (2020): Sind Frauen die Verliererinnen der Covid-19-Pandemie? IAB-Forum, 12. November 2020. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg. www.iab-forum.de/sind-frauen-die-verliererinnen-der-covid-19-pandemie/?pdf=18959 (31.08.2021). // Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB): Leben und Erwerbsarbeit in Zeiten von Corona. <https://www.iab.de/de/befragungen/corona.aspx> (09.09.2021)

26 Laut einer Studie der Technischen Universität (TU) Chemnitz in Kooperation mit der Techniker Krankenkasse (TK) gaben rund 60 Prozent der Befragten, die von Zuhause aus arbeiten, an, dass im Home-Office die Grenzen zwischen Arbeits- und Privatleben verschwimmen. Mehr als jede*r Vierte (27 Prozent) empfindet das als Belastung. Für die Studie befragte die TU Chemnitz während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 bundesweit insgesamt mehr als 2 900 Berufstätige per Online-Fragebogen zu ihrer Arbeitssituation und psychischen Befindlichkeit. Die Befragung erfolgte in drei Wellen. www.tk.de/resource/blob/2095224/ca-7f3e6793109ee9bfbaede39e15517f/dossier--corona-2020-data.pdf (09.09.2021)

27 David Gutensohn und Leon Kirschgens: Ich dreh' gleich durch! In: Zeit online, 7.04.2021. www.zeit.de/2021/15/corona-burn-out-home-office-homeschooling-psychische-belastung-unternehmen (09.09.2021) // Spiegel: Das hilft gegen Erschöpfung und Schuldgefühle. www.spiegel.de/karriere/hilfe-fuer-eltern-bei-burn-out-das-hilft-gegen-erschoepfung-und-schuldgefuehle-a-bbee03b5-0716-4abc-8d1c-603e1351cce5 (09.09.2021)

28 NDR: Fast jedes dritte Kind psychisch auffällig während Pandemie. www.ndr.de/nachrichten/hamburg/coronavirus/Fast-jedes-dritte-Kind-psychisch-auffaellig-waehrend-Pandemie,uke694.html (09.09.2021) // Copsy Studie zu den Auswir-

Zunahme der häuslichen Gewalt

Auch die häusliche Gewalt hat signifikant zugenommen. So meldete die Gewaltambulanz der Berliner Charité nach dem ersten Lockdown einen alarmierenden Anstieg der Gewalt gegenüber Kindern (und Frauen).²⁹ Aus der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2020 geht dieser Anstieg ebenfalls deutlich hervor: rund 10 Prozent mehr Fälle von gemeldeten Misshandlungen (nicht sexueller Art) von Kindern!³⁰ Ein Anstieg der häuslichen Gewalt gegenüber Frauen lässt sich aus der PKS nicht ablesen. Jedoch ist hier zu berücksichtigen, dass die hierfür zentrale Statistik zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Studie noch nicht vorliegt.³¹ Was sich ungeachtet dessen feststellen lässt: die Frauenhäuser³² und Hilfstelefone meldeten seit der Corona-Zeit eine verstärkte Arbeitsbelastung, bedingt durch die Corona-Massnahmen aber eben auch durch eine erhöhte Nachfrage von Hilfsleistungen.³³

kungen und Folgen der COVID-19 Pandemie auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. www.uke.de/kliniken-institute/kliniken/kinder-und-jugendpsychiatrie-psychotherapie-und-psychosomatik/forschung/arbeitsgruppen/child-public-health/forschung/copsy-studie.html (09.09.2021)

- 29 Der Tagesspiegel: Häusliche Gewalt in Berlin nimmt im Corona-Jahr zu. www.tagesspiegel.de/berlin/charite-und-justiz-veroeffentlichen-zahlen-haeusliche-gewalt-in-berlin-nimmt-im-corona-jahr-zu/26970466.html (28.09.2021)
- 30 Bundeskriminalamt: Vorstellung der Zahlen kindlicher Gewaltopfer – Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2020. www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2021/Presse2021/210526_pmkindgewaltopfer.html (28.09.2021)
- 31 Manuel Bogner: Mehr Kinderpornografie, weniger Einbrüche und Diebstähle: Die Kriminalstatistik der Polizei zeigt, welche Auswirkungen die Corona-Krise auf Straftaten hat. In: Zeit online, 15. April 2021. www.zeit.de/gesellschaft/2021-04/kriminalstatistik-2020-corona-lockdown-auswirkung-kriminalitaet-grafiken?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F (28.09.2021). Die Statistik Partnerschaftsgewalt des BKA wird jährlich im Herbst veröffentlicht. Die Zahlen für Partnerschaftsgewalt 2019 lagen bei insgesamt 141 792 Menschen, die Opfer von Partnerschaftsgewalt wurden, 81 Prozent davon waren weiblich. Wie es im Vergleich dazu im Jahr 2020 aussah, bleibt also abzuwarten.
- 32 Zeit online: Frauenhäuser: Anstieg von häuslicher Gewalt in Corona-Zeit. www.zeit.de/news/2020-10/07/frauenhaeuser-anstieg-von-haeuslicher-gewalt-in-corona-zeit (28.09.2021) // Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben: Bewegte Zeiten – Frauenhäuser und das Corona-Virus. www.hilfetelefon.de/aktuelles/bewegte-zeiten-frauenhaeuser-und-das-corona-virus.html (28.09.2021)
- 33 Beim Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen beispielsweise: «mit rund 51 400 Kontakten ist die Zahl der Beratungen beim Hilfetelefon «Gewalt gegen Frauen» im Jahr 2020 erneut gestiegen. Mit einem Zuwachs um 15 Prozent ist dies der höchste

Und auch im öffentlichen Diskurs ist das Thema häusliche Gewalt seit der Corona-Pandemie deutlich präsenter, liegt es doch auf der Hand, dass in Krisenzeiten die Gefahr eines Anstieges häuslicher Gewalt vorhanden ist.³⁴

Pflege-Arbeit

Ein weiterer brisanter Punkt der Care-Ökonomie seit Ausbruch der Pandemie ist die Pflege von älteren und kranken Menschen – in den Krankenhäusern, auf den Intensivstationen, in den Pflegeheimen und in den Hospizen. Diese Orte der bezahlten Care-Ökonomie waren durch die Lockdown-Massnahmen und die besondere Gefährdung ihres Klientels besonders hart betroffen. Eine Zunahme der Arbeitszeit und Intensivierung der Care-Arbeit mit entsprechenden Folgen für die Arbeitsbelastung der Care-Arbeiter*innen sowie die Care-Qualität hat auch hier stattgefunden.

Wenn auch weniger brisant in der medialen Öffentlichkeit diskutiert, litt auch die unbezahlte und teilweise ambulant unterstützte Pflege älterer Menschen in den Privathaushalten (wo rund 80 Prozent der Pflegebedürftigen in Deutschland betreut werden) massiv unter den Corona-Massnahmen.³⁵ Erste Studien deuten auf eine deutliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen pflegender Angehöriger hin.³⁶ Teilweise gehören sie (häufig Frauen) auf Grund ihres Alters selbst schon zu den Risikogruppen und pflegen den-

Anstieg seit 2016.» vgl. Jahresbericht des Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen 2020, Bundesministerium für Familie, Frauen und Jugend: www.hilfetelefon.de/fileadmin/content/01_Das_Hilfetelefon/4_Zahlen-und-Fakten/Jahresberichte/501_Jahresbericht_2020_web.pdf (28.09.2021)

34 Siehe beispielsweise das Bundesforum Männer: bundesforum-maenner.de/wp-content/uploads/2020/04/INDIV_Merkblatt_Corona_DEUTSCH_Kontaktadressen_v5.pdf (28.09.2021)

35 Pflege Professionell: DE: Corona-Situation verstärkt Risiko für Gewalt gegen ältere Menschen. pflege-professionell.at/de-corona-situation-verstaerkt-risiko-fuer-gewalt-gegen-aeltere-menschen (28.09.2021) // Der Tagesspiegel: Es ist eine Frage der Zeit, bis wir einen Coronafall haben. www.tagesspiegel.de/berlin/ambulante-pflege-in-der-corona-krise-es-ist-eine-frage-der-zeit-bis-wir-einen-coronafall-haben/25797706.html (28.09.2021)

36 Horn, Vincente / Schleppe, Cornelia (2020): Häusliche Pflege in Zeiten von Corona. Erste Studienergebnisse, Johannes Gutenberg Universität von Mainz, Juli 2020. www.sozialpaedagogik.fb02.uni-mainz.de/files/2020/07/Studie_JGU_H%C3%A4usliche-Pflege-unter-Corona.pdf (28.10.2021)

noch Hochrisiko-Personen. Es lässt sich ungefähr ausmalen, welche Konsequenzen diese Hochrisiko-Situation hat: eine Isolation der zu Pflegenden und der pflegenden Angehörigen³⁷ sowie eine Reduktion sonstiger Unterstützungsmöglichkeiten.

In den stationären Pflegeeinrichtungen drohte unter Corona teilweise ein Kollaps. Zwar stellt sich tatsächlich die Frage, ob das, was während der Pandemie sichtbar wurde – nämlich die desolante Situation des Pflegesektors – nicht einfach «nur» eine Verschärfung des «ganz normalen Wahnsinns»³⁸ war. Dennoch: Arbeitsdichte und Arbeitsbedingungen verschlechterten sich unter Pandemiebedingungen erheblich. Gearbeitet wurde im Krisenmodus. Durch den Wegfall der Pflege durch Angehörige etwa in den Pflegeheimen fiel nicht nur ein wichtiger emotionaler Bestandteil der Care-Arbeit für ältere Menschen weg, sondern auch konkrete Unterstützungen für die bezahlten Care-Arbeiter*innen, die gleichzeitig durch die zusätzlichen Schutzmassnahmen sowie Personalausfall aufgrund von Corona-Erkrankungen, Quarantäne-Massnahmen oder Kinderbetreuung gebeutelt waren.³⁹

Aber auch die Pflege in den Krankenhäusern, vor allem dort, wo direkter Kontakt *mit* und Versorgung *von* Covid-19-Patient*innen anfiel, hat unter erheblichem Stress stattgefunden. So zeigt eine Studie des Klinikums Nürnberg «Cope Covid» (die international durchgeführt wurde): sowohl was den Personalmangel und die Intensivierung der Arbeit betrifft, als auch die psychischen Belastungen, die durch die Besonderheit der Krankheit dazukamen, hat sich die Stressbelastung in allen Bereichen moderat bis stark

37 Barbara Weiss / Veronika Wawatschek: Keine Auszeit, keine Lobby: Pflegenden Angehörige in der Pandemie. In: BR24, 04.05.2021. www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/keine-auszeit-keine-lobby-pflegende-angehoerige-in-der-pandemie,SWM35W8 // <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/pflege-von-angehoerigen-in-corona-zeiten-zuhause-isoliert,Sgv4nbq> (09.12.2021)

38 Vgl. Hower, K. I. / Pförtner, T. / Pfaff, H. (2020): Pflegerische Versorgung in Zeiten von Corona – Drohender Systemkollaps oder normaler Wahnsinn? Wissenschaftliche Studie zu Herausforderungen und Belastungen aus der Sichtweise von Leitungskräften. Medizinische Fakultät Universität zu Köln: medfak.uni-koeln.de/sites/MedFakDekanat/Forschung/Pflegerische_Versorgung_in_Zeiten_von_Corona_Ergebnisbericht.pdf (09.09.2021)

39 Tagesschau: Interview mit Prof. Rothgang. Er leitet die Abteilung «Gesundheit, Pflege und Alterssicherung» am SOCIUM Forschungszentrum zu Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen. www.tagesschau.de/inland/interview-rothgang-101.html (09.12.2021)

erhöht. In besonderem Mass betroffen war das Personal, welches häufig Kontakt mit Covid-19-Patient*innen hatte.⁴⁰

Auch wenn das Corona-Virus selbst für Männer gefährlicher zu sein scheint als für Frauen, treffen die Massnahmen zu seiner Bekämpfung die Frauen stärker als Männer – da sie Konsequenzen auf die Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastungen von bezahlten und unbezahlten Care-Arbeiter*innen haben, die mehrheitlich Frauen sind. Wie durch ein Brennglas zeigt die Pandemie die Feminisierung und Unterausstattung mit Personal und Ressourcen vieler Bereiche der bezahlten und unbezahlten Care-Ökonomie auf. Doch das kann auch eine Chance sein, denn: Dadurch werden die Missstände sichtbar und halten Einzug nicht nur in die feministische, sondern auch in die politische Mainstream Diskussion.

5

Pflege Notstand in Deutschland

1,41 Millionen Menschen waren 2019 in Deutschland bezahlt mit der Pflege, Betreuung oder Unterstützung Pflegebedürftiger beschäftigt. Gut zwei Fünftel von ihnen arbeiteten in Pflegeheimen (593 000), etwa ein Viertel in ambulanten Pflegediensten (361 000) sowie gut ein Drittel im Pflegedienst in Krankenhäusern (458 000). Fachkräfte in der Gesundheits- und Krankenpflege verdienten im Jahr 2020 in Deutschland im Schnitt 3 578 Euro brutto im Monat. Fachkräfte in Pflegeheimen kamen auf durchschnittlich 3 363 Euro, jene in Altenheimen, darunter Altenpfleger*innen, auf 3 291 Euro.⁴¹

40 Stress- und Burnout-Prophylaxe in der Pandemie: den Gefährdungspotenzialen auf der Spur. Internationale «Cope Corona»-Studie im Klinikum Nürnberg. www.klinikum-nuernberg.de/DE/aktuelles/neuigkeiten/2021-06-30-_Cope-Corona-Studie.html (09.09.2021)

41 Die Unterschiede der Lohnhöhen haben damit zu tun, dass in der Krankenpflege mehr Tariflöhne gezahlt werden, als in der Altenpflege. Über einen flächendeckenden Tarifvertrag in der Altenpflege wird derzeit debattiert.

Das tatsächliche Einkommen für Fachkräfte ist niedriger. Es ist zu berücksichtigen, dass die Teilzeitquote in der Pflegebranche hoch ist. Das hat mit den überdurchschnittlich belastenden Arbeitsbedingungen und mit dem hohen Frauenanteil in diesen Berufen zu tun.⁴² Hinzu kommt, dass viele Arbeiten in der Pflegebranche von sogenannten Helfer*innen ausgeführt werden. In den Krankenhäusern waren es 2018 rund 15 Prozent, in der Altenpflege sogar fast 50 Prozent Helfende.⁴³

Der Begriff des Pflegenotstandes geistert in Deutschland schon lange durch den öffentlichen Diskurs. Erstmals wurde er in den 1960er-Jahren gebraucht, als die Altenpflege ausgeweitet wurde und rund 50 000 Stellen allein in Krankenhäusern unbesetzt waren.⁴⁴ Heute sieht die Lage jedoch weitaus dramatischer aus. Mit Pflegenotstand ist dabei nicht unbedingt nur die angesichts der Arbeitsbelastungen verhältnismässig schlechte Bezahlung gemeint. Diese hat sich in den vergangenen 10 Jahren sogar ein Stück verbessert: von 2010 bis 2020 sind die Löhne um einen Drittel gestiegen. Auch gibt es ein steigendes Interesse an Pflegeberufen: Knapp 40 Prozent mehr als noch vor zehn Jahren haben eine Pflege-Ausbildung begonnen. Trotzdem gibt es weiter einen bestehenden Fachkräftemangel. 2018 waren rund 40 000 Stellen in der Alten- und Krankenpflege unbesetzt.⁴⁵ Neben der schlechten Bezahlung, sind es auch die Bedingungen, unter denen die Arbeit stattfindet, die zu einem hohen Arbeitskräfteabgang in der Branche führten: Zeitdruck, Personalmangel, schlechte Ausstattung und überfor-

42 Alle Daten entnommen aus: Statistisches Bundesamt (2021): Löhne in der Pflege. Bruttoverdienste von Fachkräften in Krankenhäusern und Heimen 2020 rund ein Drittel höher als 2010, Pressemitteilung Nr. N 032 vom 11. Mai 2021: www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/05/PD21_N032_622.html (09.11.2021)

43 Vgl. neue Zahlen der Bundesagentur für Arbeit: 40 0000 Pflegestellen unbesetzt. In: Ärzteblatt, 1.08.2019: www.aerztezeitung.de/Politik/Rund-40000-Pflegestellen-unbesetzt-252108.html (09.11.2021)

44 Vgl. Pflegenotstand in Deutschland – eine kontinuierliche Zuspitzung der Lage. Gründe und Lösungsansätze für den Mangel an Pflegekräften und die daraus resultierende Unterversorgung: sanubi.de/pflege/pflegenotstand#definition (09.12.2021)

45 Vgl. ARD Tagesschau: Wie aus der Reform ein Reförmchen wurde. www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/pflegetag-105.html (09.11.2021) und Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Pressemitteilung Nr. N 032 vom 11. Mai 2021: www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/05/PD21_N032_622.html;jsessionid=6C83A71FAFAAE95F658280612333DD98.live732 (9.11.2021)

dernde Arbeitszeiten.⁴⁶ Der Betreuungsschlüssel beispielsweise, hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter verschlechtert. Das heisst: In den 1960er-Jahren gab es mehr Pflegepersonal pro Patient*in oder Klient*in. Die sogenannte Engpassanalyse der Bundesagentur für Arbeit⁴⁷ stellte für die Berufsgruppen in der Krankenpflege einen Engpasswert von 2,5 und für jene in der Altenpflege einen Engpasswert von 2,8 fest. Der maximale Wert für einen Engpass (absoluter Engpass) auf dem jeweiligen Arbeitsmarkt ist 3. Verbesserungen in naher Zukunft werden in dieser Analyse als unwahrscheinlich eingeschätzt, obwohl bereits die Pflegereform von 2018 unter Gesundheitsminister Spahn vorsah, bis zu 13 000 neue Stellen in der Pflegebranche zu schaffen.

Dabei sind die vielen *unbesetzten* Stellen nur ein Teil des Problems. Viele *zusätzliche* Stellen täten Not, um die Qualität der Arbeitsbedingungen und der Pflege derart zu verbessern, dass der permanente Ausnahmezustand behoben werden könnte.

Pflegepersonalmangel in den Kliniken und der stationären Altenpflege

Die Personalschlüssel für die Pflege in Deutschlands Kliniken sind überdurchschnittlich tief. So kamen in Deutschland bereits 2017 im Schnitt 13 Patient*innen auf eine Pflegekraft. In Schweden waren es 7,9 und in den USA sogar nur 5,3 Patient*innen.⁴⁸ Würde man die Personalbesetzung im Pflegedienst deutscher Krankenhäuser auf das Niveau anheben, das die Schweiz oder Dänemark pro 1 000 Einwohner*innen haben, müssten zwischen 160 000 und 260 000 Vollzeitkräfte zusätzlich eingestellt werden. Und um auf das Niveau von Österreich zu kommen, rund 180 500.⁴⁹

46 DGB Index für gute Arbeit: Arbeitsbedingungen in der Alten und Krankenpflege. Studie von 2018 im Auftrag der DGB, basierend auf der Befragung von 1 900 Beschäftigten in der Alten- und Krankenpflege: index-gute-arbeit.dgb.de/++co++fecfee2c-a482-11e8-85a5-52540088cada (09.12.2021)

47 Bundesministerium für Gesundheit (2021): Beschäftigte in der Pflege. www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/pflege/pflegekraefte/beschaeftigte.html (09.11.2021)

48 Böckler Impuls 16/2018: Untergrenzen reichen nicht aus. www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-untergrenzen-reichen-nicht-aus-4289.htm (09.11.2021)

49 Vgl. Grafik Personalbesetzung im Pflegedienst von Krankenhäusern pro 1000 Einwohner*innen von Michael Simon (2019): Das DRG-Fallpauschalensystem für

Doch nicht nur in den Krankenhäusern, auch in der Altenpflege, herrscht Personalnotstand. 2017 arbeiteten in Deutschland knapp eine halbe Million Beschäftigte als Altenpfleger*innen oder Altenpflegehelfer*innen. Es gab 14 220 offene Stellen für Altenpflegende und 8 000 offene Stellen für Altenpflegehelfende. Seither gab es zwar einen positiven Beschäftigungstrend in der Branche – dieser jedoch liegt weit unter dem Trend der gestiegenen Arbeitskräftenachfrage, der sich alleine durch den demografischen Wandel (und noch nicht mal durch eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels) ergibt. Darüber hinaus hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln für gleichbleibende Bedingungen, was Versorgungsqualität und Gesundheitszustand der Älteren angeht, den zusätzlichen Bedarf an Fachkräften in der Altenpflege für das Jahr 2035 auf 150 000 bis 175 000 Vollzeit-Stellen kalkuliert. Wenn Deutschland den künftigen Bedarf an Pflegekräften und Pflegehelfer*innen decken will, müssen sich sowohl die Arbeitsbedingungen als auch die Löhne verbessern. Andernfalls wird der Pflegenotstand zum Normalzustand.

Systemische Ursachen für den Pflegenotstand

Als einen wesentlichen Treiber des Pflegenotstands in den Krankenhäusern wird das deutsche System der eng kalkulierten Fallpauschalen gesehen und vielfach kritisiert.⁵⁰ Die Fallpauschalen, über die seit gut 15 Jahren Behandlungen in deutschen Krankenhäusern abgerechnet werden, erzeugen insbesondere auf die Pflege einen Kostendruck ohne systematische Berücksichtigung der Pflege-Qualität. Der finanzielle Druck durch das Fallpauschalen-System hat ausserdem die Privatisierung deutscher Krankenhäuser begünstigt. Vor und während der Einführung der neuen Finanzierungsregeln übernahmen private Konzerne etliche kommunale Krankenhäuser, deren Betrieb Städte oder Landkreise auf der neuen Ab-

Krankenhäuser. Kritische Bestandsaufnahme und Eckpunkte für eine Reform der Krankenhausfinanzierung jenseits des DRG-Systems. Working Paper der HBS-Forschungsförderung, Nr. 196, November 2020. www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-krankenhauser-fallpauschalen-abschaffen-28850.htm (9.11.2021)

50 Vgl. die Süddeutsche Zeitung, 12.11.2020: www.sueddeutsche.de/gesundheit/fallpauschalen-klinik-patienten-versorgung-pflegekraefte-1.5112052 (09.11.2021)

rechnungsbasis nicht mehr finanzieren wollten.⁵¹ Klinikmanagende sind an die Pauschalen gebunden und sollen sie, wenn immer möglich, nicht überschreiten. Deshalb sparen sie häufig bei der Belegschaft, insbesondere der Pflege (liegt besonders an den Produktionsfunktionen der Fallpauschalen: Geräte-Einsatz wird belohnt, Personal-Einsatz bestraft): der grösste flexible Posten in ihrer Kalkulation. Allein zwischen 2002 und 2006, also rund um die Einführung der Fallpauschalen, fielen in deutschen Krankenhäusern 33 000 Vollzeitstellen in der Pflege weg – das sind etwa zwölf Prozent. Ein personeller Verlust im Zuge der Wirtschaftlichkeit, der längst nicht wieder aufgeholt wurde.⁵² Das Fallpauschalensystem führt in Kombination mit der zunehmenden Ausrichtung auf Wirtschaftlichkeit dazu, dass eine gute Personalbesetzung mit Verlusten bestraft und eine Unterbesetzung mit Gewinnen belohnt wird. Daher fordern die Gewerkschaft Ver.di und Pflegeverbände mittlerweile seit mehr als zehn Jahren staatliche Vorgaben, die die Krankenhäuser verpflichten, genügend Personal einzustellen, um diese Dynamik der Personaleinsparungen, welche die Fallpauschalen nahelegt, zumindest politisch zu begrenzen – wenn nicht gleich das ganze System der Fallpauschalen abzuschaffen.

Auch der Pflegenotstand in der stationären Altenpflege hat systemische Gründe. Deutschland gibt rund 1 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) für Pflege aus. In skandinavischen Ländern ist es etwa 2,5-Mal so viel. Trotz eines derzeitigen Überschusses in der Pflegeversicherung von über 6 Milliarden Euro, mit welchem mehr Personal finanziert werden könnte, fehlen allein in der Altenpflege rund 139 759 Fachkräfte, um eine angemessene Betreuung zu gewährleisten.

Ein Teil der Pflegeheimkosten trägt in Deutschland üblicherweise die Pflegeversicherung. Je nach Schweregrad der Pflegebedürftigkeit sind die von der Pflegeversicherung übernommenen Pflegekosten auf einen bestimmten Betrag gedeckelt. Alle darüber liegenden Kosten tragen die Pflegebedürftigen selbst. Kontinuierlich steigende Pflegekosten werden zunehmend zu einem sozialen Problem in Deutschland. Denn die Eigenanteile steigen seit Jahren flächendeckend stark an. Jegliche Kostensteigerung wird nicht über die Pflegekassen abgefangen, sondern an die zu Pflegenden und ihre

51 Vgl. Simon (2020), Fussnote 71

52 Vgl. Simon (2020), Fussnote 71

Angehörigen weitergereicht. 44 945 Euro beträgt der durchschnittliche Eigenanteil seit Jahresbeginn 2021 für einen Pflegeheimplatz in Deutschland: eine finanzielle Belastung die, sich viele Pflegebedürftige und ihre Angehörigen nicht leisten können. Daher sind immer mehr Pflegebedürftige auf die Hilfe des Sozialamtes angewiesen. Rund 15 Prozent aller Sozialausgaben wurden 2020 für «Hilfe zur Pflege» verausgabt.⁵³

Kritisierende fordern daher, anstatt wie bislang die Leistung der Pflegeversicherung zu deckeln, die Eigenanteile zu deckeln. Denn dann würden Kostensteigerungen vollständig zu Lasten der Pflegeversicherung gehen. Im jetzigen System gehen eine Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Versorgungsqualität durch einen besseren Betreuungsschlüssel zu finanziellen Lasten der zu Pflegenden, ihrer Angehörigen und der Sozialkassen.

Aktuelle Reformen (Reförmchen) in der Pflege

Erste Versuche, die Personaleinsparungen in den Krankenhäusern per Gesetz stärker zu regulieren, gibt es seit 2019.⁵⁴ Für einige versorgungsintensive Krankenhausbereiche wurden Personaluntergrenzen festgelegt. Diese Personaluntergrenzen wurden zwar willkommen geheißen, gleichfalls aber als nicht ausreichend kritisiert und eher als ein Notfallinstrument zur Verhinderung lebensbedrohlicher Patient*innengefährdung eingeordnet.⁵⁵ Gewerkschaften fordern schon länger, das System der Fallpauschalen nicht nur zu begrenzen sondern gänzlich abzuschaffen.⁵⁶

Einen kleinen Erfolg bezüglich der Personalschlüssel erzielte die Gewerkschaft Ver.di kürzlich im Land Berlin – Brandenburg. Einen Monat lang hatten die Pflegekräfte in den landeseigenen Vivantes-Krankenhäusern und

53 Vgl. Live Counter von Pflegenotstand in Deutschland e.V.: www.pflegenot-deutschland.de/ (09.12.2021)

54 Verordnung zur Festlegung von Pflegepersonaluntergrenzen: www.gesetze-im-internet.de/ppugv_2021/PpUGV.pdf (9.11.2021)

55 Vgl. Ärzteblatt (2020): Lob und Kritik für neue Personaluntergrenzen. www.aerzteblatt.de/nachrichten/105909/Lob-und-Kritik-fuer-neue-Pflegepersonaluntergrenzen (9.11.2021)

56 Böckler Impuls 19/2020: Krankenhäuser: Fallpauschalen abschaffen. www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-krankenhauser-fallpauschalen-abschaffen-28850.htm (09.11.2021)

der ebenfalls landeseigenen Charité für höhere Personalbemessungen auf den Stationen gestreikt. Im Mittelpunkt des Streiks stand nicht die Bezahlung, sondern die Personalbemessung. Ver.di und die Vivantes-Führung einigten sich, wie von den Streikenden gefordert, auf feste Personalschlüssel auf den Stationen; die Quoten müssen die von der Bundesregierung festgelegte Personaluntergrenze übersteigen. Klinikintern wird davon ausgegangen, dass durch diese Verbesserungen der Arbeitsbedingungen nun 1 500 neue Beschäftigte bei gleichbleibenden Patient*innenzahlen nötig werden – die meisten davon examinierte Fachpflegekräfte. Für den landeseigenen Vivantes-Konzern arbeiten derzeit circa 18 000 Beschäftigte, viele davon in Teilzeit.⁵⁷

Ein weiterer Ansatzpunkt, den Fachkräftemangel in der Pflege zu beheben, ist die vermehrte Anwerbung und Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen von Pflegekräften aus dem Ausland: Allein 2019 wurden 15 500 ausländische Abschlüsse in der Gesundheits- und Krankenpflege anerkannt – 49 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Im Vergleich zum Jahr 2013 – dem ersten Jahr seit Start der Erhebung – hat sich die Zahl mehr als versechsfacht. Am häufigsten hatten die Gesundheits- und Krankenpflegekräfte, die in Deutschland arbeiten wollten, ihre Ausbildung auf den Philippinen (2 900 anerkannte Abschlüsse), in Bosnien und Herzegowina (2 300) sowie in Serbien (2 000) absolviert.⁵⁸

Bis zu 15 000 Euro zahlen Kliniken als Kopfprämie an Vermittelnde, die sich weltweit auf die Jagd nach gut ausgebildetem Fachpersonal begeben und damit in Ländern, in welchen die Pflegekräfte ausgebildet wurden, die Pflegenotstände vergrößern. Ein Schattenmarkt entsteht, der letztlich die verletzlichen Pflegekräfte aus dem Ausland in prekäre Abhängigkeitsverhältnisse bringt.⁵⁹ In der Altenpflege, in der vielfach auch ungelernete Kräfte zum Einsatz kommen, spielt die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse eine fast zu vernachlässigende Rolle.

57 Vgl. Tagesspiegel vom 12.10.2021: www.tagesspiegel.de/berlin/pflegestreik-in-berlins-landeskliniken-vivantes-und-verdi-einigen-sich-auf-eckpunkte-fuer-tarifvertrag/27699632.html (09.11.2021)

58 Vgl. Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. N 032 vom 11. Mai 2021. www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/05/PD21_N032_622.html;jsessionid=6C83A71FAFAAE95F658280612333DD98.live732 (9.11. 2021)

59 Dies skandalisiert zum Beispiel Correctiv, siehe dazu: correctiv.org/top-stories/2020/11/25/wie-dubiose-vermittler-auslaendische-pflegekraefte-zur-ware-machen/ (09.11.2021)

In der Tarifrunde im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen 2020 konnte immerhin eine deutliche Anhebung für untere Einkommen und Gesundheitsberufe erzielt werden: In der Pflege beträgt die Steigerung 8,7 Prozent und in der Spitze für Intensivkräfte rund 10 Prozent. Alle Beschäftigten erhalten zusätzlich eine Corona-Prämie. Ende Februar 2021 gab es allerdings ernüchternde Nachrichten für viele Altenpfleger*innen: Ein Tarifvertrag für die Altenpflege kam wegen eines Einspruchs der Caritas nicht zustande.

Die Pflegereform, die im Juni 2021 vom Bundestag beschlossen wurde, versuchte auf die Problematik schlechter Arbeitsbedingungen und steigender Pflegekosten in der Altenpflege zumindest in Teilbereichen eine Antwort zu geben. Pflegekassen sollen ab September 2022 nur noch Versorgungsverträge mit Heimen und Pflegediensten abschliessen, die ihre Beschäftigten nach geltenden Tarifverträgen, kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen oder zumindest mit entsprechend hohen Gehältern bezahlen. Ausserdem sollen die Eigenanteile der Pflegekosten deutlich staatlich bezuschusst und damit letztlich gedeckelt werden.

Die Reform sieht Zuschläge zu den Eigenanteilen vor, die gestaffelt ansteigen mit jedem Pflegejahr (5 Prozent im ersten und 70 Prozent im vierten Pflegejahr). Kritisiert wird, dass eine deutliche finanzielle Entlastung in Höhe von 40 Prozent erst im dritten Pflegejahr anfällt, während die durchschnittliche Verweildauer in Pflegeheimen bis zum Ableben der Pflegebedürftigen im Schnitt jedoch nur 2,5 Jahre beträgt.⁶⁰ Dennoch: Längere Pflegezeiten werden in Zukunft durch die Reform in ihrer sozialen Härte deutlich gemildert und vom Staat zu erheblichen Anteilen (bis zu 70 Prozent) übernommen.

Die zusätzlichen Kosten, die durch die Pflegereform erwartet werden, liegen bei rund 3 Milliarden Euro jährlich. Sie werden aus der Pflegekasse bezahlt, die hierfür zusätzlich jährlich 1 Milliarde Euro Zuschüsse vom Bund erhält. Ferner werden Kinderlose zukünftig etwas mehr in die Pflegekassen einzahlen (0,1 Prozent mehr), wodurch die Pflegekassen rund 400 Millionen Euro an Mehreinnahmen verzeichnen werden. Bund, Kinderlose und die Pflegekassen selbst tragen also gemeinsam die Zusatzkosten für diese Reform.

60 Vgl. Pflegeprisma: Sterbezahlen in Pflegeheimen. pflege-prisma.de/2020/03/31/sterbezahlen-in-pflegeheimen/ (09.11.2021)

Viel Kritik gab es an dieser Reform, deren Versprechungen im Vorfeld Größeres erwarten liessen. Sie wird kritisiert als Tropfen auf den heißen Stein.⁶¹ Als Reförmchen⁶², welches nicht ausreichend gegenfinanziert⁶³ sei.

Und so bleibt auch Ende 2021 sowohl bei Arbeitnehmenden in den Pflegeberufen – in den Altenheimen wie auch in den Krankenhäusern – ebenso wie bei den Pflegebedürftigen selbst weiterhin die Frage brisant:« was kommt nach dem Applaus?»⁶⁴

6

Diskurse – feministisch, Mainstream, Forschung

Was wurde feministisch diskutiert in Bezug auf die Corona-Krise und die ökonomischen und sozialen Brennpunkte, die sie offenlegt? Welche Aspekte wurden im Mainstream behandelt und wie sehen die ersten Forschungsergebnisse aus? Diesen Fragen widmet sich das folgende Kapitel in einer Zusammenschau.

Gender Care Gap

Eine in feministischen Kreisen heiss diskutierte und kontrovers verhandelte Frage war und ist die nach dem Gender Care Gap: Führt die Corona-Krise

61 Pflegereform: Viel Kritik und ein bisschen Lob. www.altenpflege-online.net/artikel/2021_06/2021_06_15_pflegerreform_viel_kritik_und_ein_bisschen_lob (09.11.2021)

62 Vgl. zusammenfassend in Ärzteblatt: Pflegereformchen gerät unter Beschuss von allen Seiten, 31.05.2021. www.aerztezeitung.de/Politik/Gewerkschaften-und-Arbeitgeber-kritisieren-Pflegerreform-420028.html (09.11.2021)

63 AOK: Unzureichende Antworten auf die eigentlichen Herausforderungen. www.aok-bv.de/hintergrund/dossier/pflege/index_24604.html (09.12.2021)

64 Vera Rosigkeit: Arbeit in der Pflege: was kommt nach dem Applaus? In: Vorwärts, 26.04.2021. www.vorwaerts.de/artikel/arbeit-pflege-kommt-applaus (09.11.2021)

kurz- und längerfristig zu einer Veränderung in der Verteilung der unbezahlten Sorge-Arbeit zu Hause? Und falls ja: in welche Richtung weisen die Veränderungen?

Gerade zu Anfang der Pandemie überwogen in feministischen Kreisen die Stimmen, die vor einer «Rückkehr des Patriarchats» in den Haushalten warnen. Die Corona-Krise als «Bühne des Patriarchats»⁶⁵, als historischer Moment.

In ZDF heute warnt Christine Bergmann – sie war unter anderem Familienministerin im Kabinett Schröder – im Mai 2020 etwa davor, in «alte Geschlechterrollen» zu fallen.⁶⁶ Der Deutsche Frauenrat forderte während des ersten Lockdowns, die «Rolle rückwärts ins Alleinernährer-Modell abzuwenden».⁶⁷ Und die Soziologin Jutta Allmendinger stellte fest, dass die Pandemie «eine Rollenverteilung zwischen Müttern und Vätern zutage [fördere], die der unserer Eltern und Großeltern entspricht und die wir nicht mehr für möglich gehalten hätten».⁶⁸

Dabei wurde auf die ersten Studien Bezug genommen, die zur Verteilung der unbezahlten Sorge-Arbeit entstanden sind. Diese machten deutlich, dass es mehrheitlich – wenn nicht nur – Frauen sind, die die zusätzlich anfallenden unbezahlten Care-Arbeiten zu Hause übernehmen.⁶⁹

65 Carolin Wiedemann: Die Krise ist die Bühne des Patriarchatshttps. In: www.tagesspiegel.de/kultur/kinder-kueche-corona-die-krise-ist-die-buehne-des-patriarchats/25783768.html (12.12.2021)

66 ZDF: In der Krise verfallen wir in alte Muster. www.zdf.de/nachrichten/politik/coronavirus-ex-familienministerin-bergmann-frauenrollen-interview-100.html (09.09.2021)

67 Pressemitteilung des Deutschen Frauenrats: Erste Corona-Lockerungen: Rolle rückwärts ins Alleinernährermodell abwenden. www.frauenrat.de/erste-corona-lockerungen-rolle-rueckwaerts-ins-alleinernaehrer-modell-abwenden/ (01.09.2021)

68 Jutta Allmendinger: Der lange Weg aus der Krise. Beitrag im Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), Juni 2020. wzb.eu/de/forschung/corona-und-die-folgen/corona-studie-zeigt-die-realitaet-unter-dem-brennglas (09.09.2021)

69 Vgl. beispielsweise Kohlrausch, B. / Zucco, A. (2020): Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt. Weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit. WSI Policy Brief Nr. 40., 05/2020, Düsseldorf. // Müller, K.-U. / Samtleben, C. / Schmieder, J. / Wrohlich, K. (2020): Corona-Krise erschwert Vereinbarkeit von Beruf und Familie vor allem für Mütter – Erwerbstätige Eltern sollten entlastet werden. DIW-Wochenbericht Nr. 19, S. 331-340. [dx.doi.org/10.18723/diw_wb:2020-19-1](https://doi.org/10.18723/diw_wb:2020-19-1) (09.09.2021) // Möhring, K. / Naumann, E. / Reifenscheid, M. / Blom, A. G. / u. a. (2020): Die Mannheimer Corona-Studie: Schwerpunktbericht zu Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung. www.uni-mannheim.de/media/Einrichtungen/gip/Corona_Studie/2020-04-05_Schwerpunktbericht_Erwerbstaetigkeit_und_Kinderbetreuung.pdf (09.09.2012)

Auf die ersten Forschungsergebnisse, die vor einer möglichen «Re-traditionalisierung» warnten⁷⁰, bezog sich denn auch der VDU (Verband Deutscher Unternehmerinnen) bereits Mitte 2020. Die Präsidentin Jasmin Arbabian-Vogel äusserte sich auf Grund der höheren Care-Arbeitsbelastung von Frauen in den Lockdowns 2020 besorgt über die weiblichen Entwicklungs- und Karrieremöglichkeiten und die Erfolgchancen frauengeführter Unternehmen.⁷¹

Andere feministische Perspektiven rund um die Frage der Verteilung unbezahlter Care-Arbeit hingegen, wurden von den Medien und der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen. Dennoch gab es vereinzelt Stimmen, die für ihre Analyse auf anderer Ebene eine Plattform bekamen. So zum Beispiel Lena Böllinger, die mit ihrem Beitrag in der Zeit unter dem Titel «Die schlechte Nachricht: Niemand muss zurück an den Herd»⁷² deutlich machte, dass die These von der sogenannten Retraditionalisierung zwar medientauglich, jedoch völlig ungeeignet sei, um die Asymmetrie zwischen den Geschlechtern zu erklären. Sie argumentiert, dass Begriffe wie «Retraditionalisierung» als Schreckgespenster dienen, mit denen am eigentlichen Thema vorbei gezielt wird: den skandalösen Ausbeutungsverhältnissen, welche mit dieser Arbeit und den Geschlechterverhältnissen verknüpft sind.

Von Seiten der grösseren Gewerkschaften war immer wieder eine Skandalisierung der Geschlechterdimensionen zu hören – gerade in Bezug auf Care-Arbeit in der Krise. So thematisierte zum Beispiel die Bildungsgewerkschaft (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, GEW) im Herbst 2020 «Doing Gender unter Covid-19»⁷³ und forderte eine Familien-Sofort-Hilfe, die Familien und insbesondere Frauen entlasten sollte.

70 Die Böckler-Studie 2020 sowie die Corona-Studie Mannheim: www.uni-mannheim.de/media/Einrichtungen/gip/Corona_Studie/2020-04-05_Schwerpunktbericht_Erwerbstaetigkeit_und_Kinderbetreuung.pdf (09.12.2021)

71 Pressemitteilung des Verbands deutscher Unternehmerinnen, 29. Mai 2020: Konjunkturprogramm muss für Geschlechtergerechtigkeit sorgen. www.vdu.de/fileadmin/user_upload/News/Pressemitteilungen/200529_PM_Geschlechtergerechtes_Konjunkturprogramm_01.pdf (30.08.2021)

72 Lena Böllinger: Die schlechte Nachricht: Niemand muss zurück an den Herd. In: www.zeit.de/kultur/2021-06/corona-gleichstellung-retraditionalisierung-geschlechterrollen-care-arbeit-10vor8 (08.12.2021)

73 Begründet wird dies wie folgt: «Die Corona-Krise hat Frauen in die Situation gebracht, ihre Erwerbsarbeit einzuschränken. Sie gehen mit ihren Arbeitsstunden runter, um die unbezahlte Sorgearbeit zu leisten. Mütter kompensieren den Ausfall der öffentlichen Betreuungseinrichtungen, indem sie ihre Arbeitszeit reduzieren.» www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/doing-gender-unter-covid-19/ (09.09.2021)

Gleichzeitig gab es bereits im Sommer 2020 erste Anzeichen dafür, dass das Bild der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in den Haushalten unter Pandemiebedingungen vielschichtiger ist, als es die Diagnose eines einfachen «Backslashes» suggeriert. So stellte eine Allensbach-Umfrage im Auftrag des Bundesfamilienministeriums⁷⁴ heraus, dass in rund 20 Prozent der befragten Haushalte die Mehrbelastung zwar tatsächlich von den Frauen aufgefangen wurde. Ungefähr ähnlich viele der befragten Haushalte gaben allerdings an, unter Pandemiebedingungen eine egalitäre Verteilung der Care-Arbeit zu haben als zuvor. Beim Rest der Befragten hat sich nichts Wesentliches an ihren jeweiligen Arrangements der Arbeitsaufteilung verändert. Weitere kleinere Studien, die ähnliche Aussagen treffen, folgten.⁷⁵

Und so zeichnete der WSI Report von 2021 unter Rückgriff auf eine Reihe von kleineren und grösseren Studien aus dem Jahr 2020⁷⁶, die bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung ausgewertet werden konnten, ein ambivalentes Bild: wie bereits beschrieben, zeigt es mehrere, teilweise gegensätzliche Tendenzen. Wie sich die Situation während Corona dann längerfristig auf den Gender Care Gap auswirken wird, so das Fazit auch dieses Reports, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch unklar.⁷⁷

Digitalisierung

Ein weiterer Aspekt wurde in feministisch-marxistischen Kreisen diskutiert. Die Tendenz der Herausbildung eines Plattformkapitalismus werde durch die Corona-Pandemie beschleunigt. Widersprüchliche Versuche, die Kri-

74 Für manche Eltern ist Unterstützung in der Krise besonders wichtig: www.bmfsfj.de/resource/blob/156112/2f395c75d0b9acda6c8634b5bf979948/20200527-online-befragung-eltern-corona-krise-data.pdf (9.09.2021)

75 Zum Beispiel: Boll, C. / Schüller, S. (2020): Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos – empirisch gestützte Überlegungen zur elterlichen Aufteilung der Kinderbetreuung vor, während und nach dem COVID-19 Lockdown. SOEPpapers 1089, Berlin. // Zinn, Sabine / Kreyenfeld, Michaela / Bayer, Michael (2020): Kinderbetreuung in Corona-Zeiten: Mütter tragen die Hauptlast, aber Väter holen auf. DIW aktuell, No. 51. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin.

76 Eine Literaturliste für die Veröffentlichungen 2020 gibt es auf S. 24 des Reports.

77 Zucco, A. / LottY. (2021): Stand der Gleichstellung. Ein Jahr mit Corona. WSI-Report, Nr. 64, 2021. www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_64_2021.pdf (09.09.2021)

se der sozialen (Re)produktion abzufedern, werden durch den Einsatz von digitalen Plattformen vorangetrieben: haushaltsnahe und persönliche Dienstleistungen werden vermehrt online bestellt. Die durch den Lockdown temporäre Privatisierung von öffentlich organisierten Care-Dienstleistungen, aber auch die Zusatzbelastung durch noch mehr unbezahlte Arbeit sind die Basis für eine weitere Kommodifizierung von Reproduktions- und Care-Arbeiten: Wer kann, fragt hier Care-Dienstleistungen nach, vor allem geliefertes Essen, aber auch Putzkräfte oder Kinderbetreuung.⁷⁸ Nicht wenige der im Home-Office organisierten, egalitäreren Care-Arbeitsmodelle werden gestützt durch diese digital organisierten und online abgefragten Care-Dienstleistungen, die arbeitsrechtlich keinerlei Schutz genießen. Weder im Mainstream-Diskurs noch in der Forschung scheint dieses Thema im Zusammenhang mit der Pandemie-Situation bislang angekommen zu sein.

Systemrelevanz

Manch eine Feministin mag sich verwundert umgeschaut haben bei der Lektüre der Zeitungen im ersten Lockdown: Plötzlich skandierten nicht mehr allein Feministinnen, dass die «unterbezahlten Held*innen», also die Mehrheitlich weiblichen Care-Arbeiter*innen, den Laden in der Krise am Laufen hielten: in den Krankenhäusern, Pflegeheimen, Supermärkten oder Privathaushalten.⁷⁹ Unvermittelt waren verschiedene Orte des öffentlichen Diskurses voll von einer Erkenntnis, die Feministinnen schon seit Jahrzehnten skandalisierten: Die Arbeit von Frauen ist zentral für das System⁸⁰ – und sie ist weiterhin diskursiv und monetär schlecht bewertet. Neben Plakaten der Dankesbekundungen an Pflegeheimen, Supermärkten und Kranken-

78 Altenried, M. / Dück, J. / Wallis, M. (Hrsg.) (2021): Plattformkapitalismus und die soziale Reproduktion. Westfälisches Dampfboot, Vorwort, S. 7ff. Auch unter: www.rosalux.de/fileadmin/images/publikationen/sonstige_texte/056-Altenried-RosaLux.pdf (09.09.2021)

79 Deutsche Frauenrat: Systemrelevant und (un)verzichtbar: Trägerinnen und Verliererinnen eines Systems. www.frauenrat.de/systemrelevant-und-unverzichtbar-traegerinnen-und-verliererinnen-eines-systems/ (09.09.2021)

80 So titelt zum Beispiel der Tagesspiegel während des ersten Lockdowns: «Es sind die Frauen, die das Land rocken.» www.tagesspiegel.de/politik/umgang-mit-der-coronavirus-krise-es-sind-die-frauen-die-das-land-rocken/25661322.html (09.09.2021)

häusern mehrten sich Artikel, welche sowohl die Feminisierung als auch die Abwertung dieser sogenannten systemrelevanten Berufe problematisierten. Ein besonderes Augenmerk hatten und haben dabei die Pflegeberufe⁸¹ – sowohl was die Krankenhauspflege als auch, was die Altenpflege angeht. Aber auch andere sogenannten systemrelevante Berufe, wie Detailhandlungsangestellte, Erzieher*in, Apotheker*in oder Ärzt*in, rückten in den öffentlichen Fokus.⁸² Auch die Gewerkschaften klinkten sich in diesen Diskurs ein und forderten eine bessere Entlohnung für die «feminisierten» Branchen. Und sogar die FAZ – eine eher konservative Tageszeitung – titelte: «Wer klatscht, soll zahlen».⁸³

Das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) publizierte daraufhin im Juni 2020 die Ergebnisse einer Studie: «Systemrelevant und dennoch kaum anerkannt: Das Lohn- und Prestigeniveau unverzichtbarer Berufe in Zeiten von Corona.»⁸⁴

An der Frage «was ist systemrelevant?» und «zählt meine oder deine Arbeit dazu?» kam plötzlich niemand mit Kindern mehr vorbei. Denn während der Lockdowns hatten Eltern ein Recht auf Kinderbetreuung (Notfallbetreuung), wenn sie (zuerst nur, wenn beide Elternteile, später dann auch, wenn ein Elternteil)⁸⁵ in diesen sogenannten systemrelevanten Berufen arbeiteten. Listen mit Berufen, deren Ausübung sodann zu Kinderbetreuung berechtigten, kursierten entsprechend plötzlich in allen Haushalten mit Kindern.

Und so ist der Begriff «systemrelevant» und die Frage, *wer* und *was* eigentlich systemrelevant ist, eine ganze Weile in der deutschen Öffentlichkeit hin- und herbewegt worden.

81 Vgl. dazu exemplarisch die diversen Veröffentlichungen der Zeitung DIE ZEIT im Jahr 2020.

82 Silke Mülherr: Frauen, schlägt Kapital aus der Krise! In: www.welt.de/debatte/kommentare/article206834877/Schlecht-bezahlte-Frauen-sind-bei-Corona-systemrelevant.html (09.09.2021)

83 Reiner Hank: Wer klatscht soll zahlen. In: Frankfurter Allgemeine. www.faz.net/aktuell/wirtschaft/hanks-welt/faire-bezahlung-von-arbeit-nach-systemrelevanz-oder-nach-bildung-16984146.html (09.09.2021)

84 Koebe, J. / Samtleben, C. / Schrenker, A. / Zucco A. (2000): Systemrelevant, aber dennoch kaum anerkannt: Entlohnung unverzichtbarer Berufe in der Corona-Krise unterdurchschnittlich in: DIW aktuell 48, S.9 unter: www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.792728.de/diw_aktuell_48.pdf (09.09.2021)

85 Vgl. beispielsweise: www.tagesspiegel.de/downloads/27064064/2/uebersicht-der-berufsgruppen-notbetreuung-2.pdf (9.10.2021)

7

Aber was kommt nach dem Applaus?

Mitte 2021 ist das Diskurshoch über die systemrelevanten Berufe in den deutschen Medien wieder abgeklungen. Dennoch hat es vielfältige Effekte hinterlassen, die sich zum Beispiel auch im Bundeswahlkampf 2021 zeigten – insbesondere was die Situation der Pflegeberufe angeht. Fast alle Parteien haben ähnliche Schlüsse aus der Corona-Krise gezogen – zumindest in ihren Wahlkampfprogrammen: es braucht eine bessere Ausstattung des Pflegesektors, sprich: mehr Arbeitskräfte und bessere Bezahlung.⁸⁶

Im bezahlten Pflegesektor

Die Antworten von SPD, die Linke und den Grünen ähneln sich. Das System der Fallpauschalen soll überarbeitet und die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens begrenzt oder beendet werden. Die Linke will Pflegeheime und Krankenhäuser sogar wieder verstaatlichen. Einzig die CDU tendiert mehr in Richtung «weiter so» und will bestehende Missstände vor allem durch Digitalisierung und Bürokratieabbau sowie eine bessere Versorgung der ländlichen Regionen ausgleichen.

Die Durchsicht der Wahlprogramme zu Pflege, Corona und Betreuungsarbeiten zeigt in jedem Wahlprogramm eine explizite Bezugnahme zu den Erfahrungen in der Corona-Pandemie. Vor allem – aber nicht nur – in Bezug auf das Pflegesystem.

Im SPD-Zukunftsprogramm heisst es beispielsweise: «Die Corona-Krise hat gezeigt: Der öffentliche Gesundheitsdienst braucht bessere Rahmenbedingungen, eine bessere Ausstattung, auch mit Blick auf die digitale Infrastruktur – Hardware ebenso wie Software, und eine konkurrenzfähige

86 Milena Hassenkamp: Was die Parteien in der Pflege vorhaben. In: DER SPIEGEL, 27.08.2021. www.spiegel.de/politik/deutschland/wahlprogramme-was-die-parteien-in-der-pflege-vorhaben-a-de4b6349-acb5-4437-8bdd-1601fc693c1e (30.08.2021)

Vergütung.»⁸⁷ Beim SPD-Zukunftsgespräch mitten im Wahlkampf mit Kanzlerkandidat Olaf Scholz (SPD) fungierte dieser als fragender und verstehender Moderator der Konferenz. Er befragt verschiedene Akteur*innen aus dem Pflegesektor und Expert*innen zur Pflegemisere. Wollte man die «achselzuckende Nonchalance», mit der man über diese schwierige Situation der Beschäftigten hinwegsieht, beenden, «hat das einen Preis», erklärte Scholz. «Wir können nicht Beifall klatschen und sagen, wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen und höhere Gehälter und dann nicht auf irgendeine Weise – möglichst sozial gerecht – auch dazu beitragen.»⁸⁸

Auch im CDU Wahlprogramm heisst es, dass sich die «Wichtigkeit eines funktionierenden Gesundheitswesens während der Pandemie nochmal gezeigt hat.»⁸⁹

Das Bündnis 90/Die Grünen schreiben: «Welche Bedeutung Pflege in unserer Gesellschaft und unserem Gesundheitssystem hat, ist in der Pandemie noch einmal eindrücklich klar geworden.»⁹⁰

Die Linke thematisiert in ihrem Wahlprogramm die Pflegekrise etwas drastischer. «Die Coronakrise hat allen vor Augen geführt, dass das Gesundheitssystem falsch organisiert ist.»⁹¹

Auch wenn alle Parteien Vorschläge zur Transformation (oder im Falle der CDU: zumindest zu Veränderungen) des Pflegesystems machten, ist es nur Die Linke, die mit konkreten Zahlen hantieren. Sie forderten 100 000 zusätzliche Kräfte in der Altenpflege, 100 000 in den Krankenhäusern, 500 Euro mehr Grundgehalt und einen allgemein verbindlichen Flächentarifvertrag.

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) hat vor der Bundestagswahl den «PflEGOMat» gestartet, mit dem Wähler*innen den Anga-

87 Zukunftsprogramm der SPD, S. 17. www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf (30.08.2021)

88 Zitiert aus Vera Rosigkeit: Arbeit in der Pflege: was kommt nach dem Applaus? In: Vorwärts, 26.04.2021. www.vorwaerts.de/artikel/arbeit-pflege-kommt-applaus // Die online Konferenz auch auf Youtube: <https://www.youtube.com/watch?v=myrwLu1vWsg> (30.08.2021)

89 CDU: Das Programm für Stabilität und Erneuerung, 2648 ff. www.csu.de/common/download/Regierungsprogramm.pdf (30.08.2021)

90 Die Grünen: Wir sorgen für gute Pflege. www.gruene.de/themen/pflege (01.09.2021)

91 Wahlprogramm 2021, Die Linke: www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE_LINKE_Wahlprogramm_zur_Bundestagswahl_2021.pdf. Abschnitt Pflege (30.08.2021)

ben zufolge überprüfen können, wie die Parteien pflegepolitische Forderungen umsetzen wollen. Auch hier finden wir wieder einen expliziten Bezug zu den Erfahrungen in der Corona-Krise.⁹²

Die grünennahe Böll-Stiftung hingegen hat in ihrer Sammlung «Die Corona-Pandemie»⁹³ keinen einzigen expliziten Aufsatz zu Corona, Care-Arbeit und den Geschlechterverhältnissen platziert. Auch in ihrer Video-Reihe «Pandemie und Gesellschaft» ist über diese Themen nichts Explizites zu finden.⁹⁴

In der unbezahlten Arbeit

Es ist allerdings nicht nur die Pflegedebatte, die zumindest diskursiv mit Bezugnahme auf die Corona-Erfahrungen aufgegriffen wird, sondern durchaus auch die geschlechtsspezifische Care-Arbeitsteilung in den Privathaushalten sowie – damit zusammenhängend – die Versorgungslage in der frühkindlichen Betreuung.

Im SPD-Wahlprogramm hiess es hierzu «Bei der großen Aufgabe der Gleichberechtigung der Geschlechter wurde in den letzten Jahrzehnten vieles erreicht, wenn auch lange noch nicht alles. Die Pandemie hat erneut die immer noch ungleichen Chancen von Frauen und Männern gezeigt. In der Krise ist erneut deutlich geworden, dass Fürsorgearbeit überwiegend von Frauen geleistet wird. Wir treten dafür an, dass Familien mehr Zeit füreinander haben, und dass es einfacher wird, Erwerbs- und Sorgearbeit gerechter zwischen allen Geschlechtern aufzuteilen.»⁹⁵

92 «Pflegepolitik müsse ein zentrales Wahlkriterium für alle Wahlberechtigten sein – das sei spätestens durch die Pandemie deutlich geworden», zitiert aus: www.aerzteblatt.de/nachrichten/126680/Pflegeverband-startet-PflegOMat-zur-Bundestagswahl (01.09.2021)

93 Alle Beiträge der Heinrich-Böll-Stiftung über die politischen Folgen des Corona-Virus aus deutscher, europäischer und internationaler Perspektive: www.boell.de/de/die-corona-pandemie (01.09.2021)

94 Heinrich-Böll-Stiftung: Pandemie & Gesellschaft. www.boell.de/de/pandemie?dimension1=ds_coronapandemie (01.09.2021)

95 Das Wahlprogramm der SPD, S. 42: www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschlusse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf. (10.10.2021)

Bei der CDU wird die Corona-Pandemie thematisiert als eine Krise, die «vor allem jungen Familien enorm viel abverlangt» hat. «Eltern mussten gleichzeitig Kinder betreuen, beim digitalen Lernen unterstützen und ihre Arbeit von zu Hause aus erledigen». Auch wenn Frauen nicht explizit thematisiert werden, so forderte die CDU dennoch eine ganze Reihe an Massnahmen, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern und den Stress in der «Rush Hour» des Lebens verringern – was ja vor allem Frauen betrifft. Ausserdem sollen unter anderem Partnermonate um 2 Monate beim Elterngeld aufgestockt werden (auf insgesamt 16 Monate Elternzeit), Familienzeitkonten sollen eingeführt und Steuererleichterungen für Familien mit Kindern erlassen werden.⁹⁶

Die Linke fokussierte eher auf den Ausbau der öffentlichen Betreuungseinrichtungen, deren Zentralität für das kindliche Wohlergehen während der Pandemie deutlich wurde, und forderte ein Kitaqualitätsgesetz, bei dem das Wohl der Kinder wie auch das der Beschäftigten im Mittelpunkt stehen soll.⁹⁷

Es scheint, als sei die Care-Debatte – dank den Erfahrungen in der Corona-Pandemie – endlich im politischen Diskurs gelandet. So hiess es ein Jahr nach dem ersten Lock Down mit Rückblick auf ein Jahr Pandemie im Forschungsbericht des Bundesministeriums für Soziales und Arbeit vom März 2021: «Die im bisherigen Verlauf der Covid-19-Pandemie gemachten Erfahrungen machen deutlich, wie wichtig starke externe Infrastrukturen für eine Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit sind, die sowohl der wirtschaftlichen Stabilität von Familien als auch der Gleichstellung der Geschlechter dient. Die Möglichkeit, verstärkt von zu Hause aus zu arbeiten, die auch nach dem Ende der Corona-Krise in vielen Unternehmen erhalten bleiben dürfte, kann ebenfalls dazu beitragen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder von Familie und Pflege zu verbessern.»⁹⁸

96 CDU: Das Programm für Stabilität und Erneuerung, 2648 ff. www.csu.de/common/download/Regierungsprogramm.pdf (10.10.2021)

97 Wahlprogramm 2021, die Linke, S. 47 ff. www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE_LINKE_Wahlprogramm_zur_Bundestagswahl_2021.pdf (9.10.2021)

98 Bonin, H. / Eichhorst, W. / Krause-Pilatus, A. / Rinne, U. (März 2021): Auswirkungen der Corona Krise auf das Familien- und Erwerbsleben. Kurzex-pertise. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Forschungsbericht 574: www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb-574-auswirkungen-der-corona-krise-auf-familien-und-erwerbsleben.pdf%3F__blob%3DpublicationFile%26v%3D1 (09.09.2021)

Was dann letztlich davon in der kommenden Legislaturperiode zu tatsächlichen Veränderungen führt, kann an diesem Punkt selbstverständlich noch nicht vorhergesagt werden. Festzuhalten ist auf jeden Fall: Ein zentrales Novum der Corona-Krise ist, dass sie eine Krise ist, die unmittelbar innerhalb des Gesundheits- und Care-Systems stattfindet. Damit zusammenhängend sind während dieser Krise Themen in den Mainstream gedrungen, die zuvor ausschliesslich innerhalb von feministischen und gleichstellungspolitischen Kreisen im Fokus standen.

8

Ausblick

Waren während des Wahlkampfes für die Bundestagswahlen in Deutschland Ende September 2021 diese Themen deutlich präsent, so scheinen sie während der beginnenden Koalitionsverhandlung nach der Wahl und unter den Bedingungen einer etwas ruhigeren Lage im Corona-Geschehen schon wieder von der politischen Bildfläche verschwunden zu sein. Scheinbar «Brisanteres» bekommt die Hauptaufmerksamkeit.

Die Themen der aktuellen Agenda sind Klimapakete, Schuldenbremse und Fiskalpolitik. Gegebenenfalls wird der Mindestlohn als existenzielle Absicherung gegen Armut eine Rolle spielen. Bisher wurde dessen Festsetzung allerdings in einen Arbeitskreis ausgelagert und damit der politischen – und demokratischen – Behandlung entzogen. Die durch drei Lockdowns selbstverständlich erscheinende Verlagerung von Pflege, Betreuung und Bildung, als drei wichtige Bausteine der Care-Ökonomie, in die Haushalte und deren Auswirkungen sind in Deutschland nach den Wahlen und vor einer Entscheidung bezüglich der Regierungsbildung offenbar nicht mehr zentraler Bestandteil der politischen Auseinandersetzung. Was aus den Versprechen bezüglich der Pflege und der materiellen Veränderungen tatsächlich wird, die laut Olaf Scholz dem Applaus folgen sollten, bleibt abzuwarten.

Ganz grundsätzlich besteht nach einer Krise, die mit erheblichen finanziellen Mehrbelastungen der Staatshaushalte einhergeht, die Gefahr, dass die wirtschafts- und fiskalpolitischen Bestrebungen in der post-Krisenzeit

in Richtung Kürzungen im sozialen Bereich gehen. Die Corona-Krise wird den deutschen Staat etwa 500 Milliarden Euro kosten – so eine Schätzung, mit der Kanzlerkandidat Olaf Scholz hantiert.⁹⁹

Zum Vergleich: Vor zehn Jahren, am 15. September 2008, ging die US-Bank Lehman Brothers pleite. Sie vernichtete weitgehend 690 Milliarden US-Dollar an Firmenwert. Damit begann 2008 eine der gewaltigsten Wirtschaftskrisen seit Jahrzehnten. Die Kosten dieser Krise für den deutschen Staat werden sehr unterschiedlich eingeschätzt, häufig jedoch weit unter 100 Milliarden Euro.¹⁰⁰ Nach der antizyklischen Politik der Krisenjahre 2008 und 2009 änderte die Bundesregierung in der post-Krisenzeit ab 2010 ihren Kurs dramatisch und erliess ein Sparpaket («Zukunftspaket») über rund 80 Milliarden Euro, die innerhalb von vier Jahren eingespart werden sollten, darunter rund 30 Milliarden in sozialen Bereichen.¹⁰¹

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Studie hat sich die Corona-Pandemie wieder zugespitzt. Bis Ende November gibt es quasi einen Lockdown für ungeimpfte Personen, welche die daraus resultierenden finanziellen Verluste selbst tragen müssen. Dies betrifft beispielsweise selbstständig Erwerbstätige. Die Schulen und Kindertageseinrichtungen werden nun prinzipiell offen gehalten. Nur dort, wo Corona-Fälle auftauchen, gibt es eine Quarantäne-Pflicht und die damit einhergehende Verlagerungen von Care-Arbeiten. Wie lange das so bleibt und wann die Corona-Krise zu Ende sein wird, ist im Moment noch offen.

Auch wenn die Corona-Krise wie durch ein Brennglas sowohl die Zentralität der bezahlten und unbezahlten Care-Ökonomie als auch die teilweise schlechten Arbeitsbedingungen der Care-Arbeiter*innen aufgezeigt hat, besteht die Gefahr, dass nach der Krise nun gerade jene, welche die Hauptlast der Krise getragen haben, auch noch ihre Folgen ausbaden müssen.

99 ZDF heute: Wer zahlt die Corona-Kosten, Herr Scholz? www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-kosten-scholz-interview-100.html (09.10.2021)

100 Vgl. Wirtschaftswoche: Finanzkrise kostet jede Familie 3 000 Euro. www.wiwo.de/unternehmen/banken/banken-finanzkrise-kostet-jede-familie-3000-euro/23062536.html (09.10.2021) oder Frankfurter Allgemeine: 3 000 Euro pro Familie. www.haz.de/Nachrichten/Wirtschaft/Deutschland-Welt/So-viel-kostete-die-Finanzkrise-die-Steuerzahler (09.10.2021)

101 Vgl. Starke, Peter (2015): Krisen und Krisenbewältigung im deutschen Sozialstaat: Von der Ölkrise zur Finanzkrise von 2008. ZeS-Arbeitspapier 02/2015, Uni Bremen, S. 24.: www.socium.uni-bremen.de/uploads/News/2015/ZeS-AP_2015_02.pdf (09.10.2021)

Um dies zu verhindern, bräuchte es mehr als Applaus und mehr als eine diskursive Aufwertung bezahlter und unbezahlter Care-Arbeiten. Es bräuchte veränderte Modelle, um mit der finanziellen Mehrbelastung der Staatshaushalte durch eine Krise umzugehen. Beispielsweise einen anderen Umgang mit Staatsschulden und Geld, wie es die Modern Monetary Theory (MMT) nahelegt oder eine andere Gewichtung dessen, was wirklich wichtig (systemrelevant) ist und die daraus resultierende Schlussfolgerung, dass Investitionen in solche Bereiche auch in Zeiten knapper Staatshaushalte nötig sind. Vieles ist denkbar, um die Care-Ökonomie in der post-Krisenzeit zu schützen und den Lehren aus der Corona-Pandemie materielle Veränderungen folgen zu lassen. Denn die Bereiche der bezahlten und unbezahlten Care-Ökonomie sind Bereiche, auf die wir als Menschen und als Gesellschaft nicht verzichten können – das zumindest, ist allen in der Pandemie klar geworden.

Bislang haben mehrheitlich Frauen diesen Laden am Laufen gehalten – ob in oder ausserhalb von gesellschaftlichen oder ökonomischen Krisen. Bislang waren diese Bereiche und die dort herrschenden Arbeitsbedingungen zu wenig sichtbar, um ausserhalb des feministischen Diskurses eine signifikante öffentliche Aufmerksamkeit zu bekommen; ihre Sichtbarkeit ist ein Novum der Corona-Krise. Und hier liegt eine Chance. Die Corona-Krise könnte ein «Window of Opportunity» sein, was eine grundsätzliche Aufwertung von bezahlten und unbezahlten Care-Arbeiten betrifft. Ob dieses Fenster tatsächlich offen bleibt und wie es genutzt wird, hängt von vielen Faktoren ab – darunter zentral von der Frage, ob es ausreichend (feministische) Akteur*innen gibt, die sich hierfür lautstark einsetzen.

9

Überblick über Studien zu Corona aus feministischer Sicht

Adams-Prassl, A. / Boneva, T. / Golin, M. / Rauh, C. (2020): Inequality in the Impact of the Coronavirus Shock: Evidence from Real Time Surveys. Journal of Public Economics.

Die Studie enthält Echtzeitbefragungen aus Grossbritannien, den USA und Deutschland, die zeigen, dass die Auswirkungen von Covid-19 auf den Arbeitsmarkt von Land zu Land sehr unterschiedlich sind. Arbeitnehmer*innen in Deutschland sind aufgrund des fest etablierten Kurzarbeitssystems wesentlich weniger von der Krise betroffen. Innerhalb der anderen untersuchten Länder sind die Auswirkungen jedoch sehr verschieden und verschärfen bestehende Ungleichheiten. Arbeitnehmer*innen alternativer Arbeitsformen und in Berufen, in denen nur ein geringer Teil der Aufgaben von zu Hause aus erledigt werden kann, konnten häufiger weniger Stunden arbeiten, verloren ihren Arbeitsplatz und erlitten Einkommenseinbussen. Geringqualifizierte Arbeitnehmer und Frauen sind stärker von der Krise betroffen als andere.

Andrew, A. / Cattan, S. / Dias, M. C / Farquharson, C. / Kraftman, L. / Krutikova, S. / Phimster, A. / Sevilla, A. (2020): The Gendered Division of Paid and Domestic Work under Lockdown. IZA Discussion Paper, Nr. 13500.

Die Studie untersucht den Alltag der Eltern unter den Lockdown Bedingungen in Zusammenhang mit Covid-19 in England. Den Schwerpunkt bilden Zweipaarbeziehungen mit Kindern. Sie stellt fest, dass Mütter wesentlich länger für Kinderbetreuung und Hausarbeit aufwenden als ihre Partner*innen und dass sie einen grösseren Teil ihrer Zeit damit verbringen, Arbeit und

Kinderbetreuung miteinander zu vereinbaren. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Verteilung der Hausarbeit lassen sich nicht einfach durch geschlechtsspezifische Unterschiede bei den Beschäftigungsquoten oder den Löhnen erklären. Sehr grosse geschlechtsspezifische Asymmetrien treten auf, wenn ein*e Partner*in während der Krise kein Einkommen mehr erwirbt: Mütter, die ihre Erwerbstätigkeit gegen Bezahlung aufgegeben haben, leisten weitaus mehr Hausarbeit als Väter in vergleichbarer Situation.

Boll, C. / Schüller, S. (2020): Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos – empirisch gestützte Überlegungen zur elterlichen Aufteilung der Kinderbetreuung vor, während und nach dem Covid-19-Lockdown. SOEPpapers 1089, Berlin.

Dieser Beitrag untersucht auf Basis des Sozioökonomischen Panels (SOEP) 2018 die Zusammenhänge zwischen dem väterlichen Kinderbetreuungsanteil in Paarbeziehungen und den in der Literatur einschlägigen Wirkmechanismen von Zeitbudgetverhältnis, Einkommensrelation und Geschlechterrolleneinstellungen in der Beziehung. Die Analyse zeigt, dass für die Arbeitsteilung im Paar neben dem relativen Zeitbudget der Partner auch die Einkommensrelation sowie die Geschlechterrollen relevant sind. Die Verhaltensanpassungen von Vätern lägen eher in vielen kleinen Schritten. Insgesamt rund 7% der untersuchten Paare haben ihr Verhalten unter Krisenbedingungen verändert.

Bünning, M. / Hipp, L. / Munnes, S. (2020): Erwerbsarbeit in Zeiten von Corona. WZB Ergebnisbericht, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin.

Diese Untersuchung legt ihren Fokus auf die vielfältigen sozialen Auswirkungen des Pandemiegeschehens für verschiedene Bevölkerungsgruppen. Der Beitrag zeigt auch, wie sich die Auswirkungen der Pandemie auf das Erwerbsleben zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterscheiden. Als von den Massnahmen zur Pandemiebekämpfung besonders Betroffene verifiziert die Untersuchung Selbstständige. Sie arbeiteten deutlich öfter als

Angestellte mit reduziertem Stundenumfang oder gar nicht und wechselten seltener ins Home-Office. Ihre Arbeitszufriedenheit hat angesichts der Pandemie besonders stark abgenommen, während finanzielle Sorgen und die Angst vor Arbeitsplatzverlust bei ihnen besonders stark zugenommen haben. Als zweites Aggregat spielt die Einkommenssituation eine wichtige Rolle für die wahrgenommenen Auswirkungen der Corona-Pandemie und der getroffenen Massnahmen. Personen, die mit ihrem Einkommen nur schwer zurechtkommen, wechselten angesichts der Pandemie deutlich seltener ins Home-Office und sind von grösseren Veränderungen der Arbeitszeiten betroffen als diejenigen, die von ihrem Einkommen gut leben können. Bereits vor der Pandemie verzeichneten sie vergleichsweise grosse Sorgen um Finanzen und Arbeitsplatzverlust. Diese Sorgen haben sich angesichts der Pandemie noch weiter verstärkt. Auch die Ungleichheiten in der Arbeitszufriedenheit nahmen zwischen den Einkommensgruppen zu. Auch zwischen Personen in systemrelevanten und nicht-systemrelevanten Berufen sind Unterschiede sichtbar, wenn auch nicht ganz so stark ausgeprägt. Personen, die in systemrelevanten Berufen arbeiten, erlebten seltener Veränderungen ihrer Arbeitssituation und machten sich angesichts der Pandemie weniger Sorgen um ihre finanzielle Situation oder den Verlust ihrer Arbeit. Sie fühlten sich allerdings auch weniger stark durch ihre Arbeitgeber*innen unterstützt als diejenigen, die in nicht-systemrelevanten Berufen tätig sind. Hinsichtlich der Arbeitszufriedenheit gibt es hingegen keine Unterschiede zwischen Beschäftigten in systemrelevanten und nicht-systemrelevanten Berufen.

Bujard, M. / Laß, I. / Diabaté, S. / Sulak, H. / Schneider, N.F. (2020): Eltern während der Corona-Krise – Zur Improvisation gezwungen. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden.

Die Studie gibt einen Überblick über die Grössenordnungen der von Schliessung von Kindertagesstätten und Schulen betroffenen Elterngruppen sowie der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt in den Monaten des Lockdowns. Im Anschluss werden vier Themenbereiche, die während der Krise an Relevanz gewannen, näher betrachtet: Eltern in systemrelevanten Berufen, Home-Office als Lösung, Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann sowie psychologische Folgen der Krise für Eltern.

Craig, L. / Churchill, B. (2020): Dual-earner parent couples' work and care during COVID-19. Gender, Work and Organization, online first.

Die Studie untersucht die Doppelbelastung von berufstätigen Eltern, die gleichzeitig einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Um zu untersuchen, wie sie das schafften, wurde eine Teilstichprobe von Eltern in Doppelverdienerpaaren (n=1 536) aus einer nationalen Befragung von 2 722 australischen Männern und Frauen gezogen, die während dem Lockdown im Mai 2020 durchgeführt wurde. Es wurde gefragt, wie viel Zeit die Befragten mit bezahlter und unbezahlter Arbeit, einschliesslich Betreuung, verbringen, wie zufrieden sie mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind und wie sich die Arbeitslast auf die Partner*innen verteilt. Insgesamt war die bezahlte Arbeitszeit etwas niedriger und die unbezahlte Arbeitszeit sehr viel höher während des Lockdowns. Diese Verschiebungen betrafen vor allem Mütter und doch haben sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede etwas verringert, da die relative Zunahme der Kinderbetreuung bei den Vätern höher war. Vor Covid-19 waren mehr Mütter als Väter mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und dem Partner*innenanteil unzufrieden. Für einige verbesserte sich die Zufriedenheit mit der Pandemie, aber für die meisten verschlechterte sie sich. Auch hier haben sich einige geschlechtsspezifische Unterschiede verringert. Jedoch vor allem, weil während des Lockdowns mehr Väter unzufrieden waren als zuvor.

Del Boca, D. / Oggero, N. / Profeta, P. / Rossi, M. C. (2020): Women's Work, Housework and Childcare, before and during Covid-19. CESifo Working Paper, Nr. 8403, Center for Economic Studies and Ifo Institute (CESifo), München.

Die Studie hat anhand einer repräsentativen Stichprobe im April 2020 in Italien untersucht, welche Auswirkungen die Pandemie auf die Arbeitsorganisation in Haushalten hatte, in denen beide Partner*innen erwerbsarbeiteten. Die Auswertung legt nahe, dass die Veränderung des Umfangs der von Frauen während der Krise geleisteten Hausarbeit nicht von der Arbeitsorganisation ihres Partners abhängig zu sein scheint. Mit Ausnahme derjenigen, die weiterhin an ihrem gewohnten Arbeitsplatz arbeiteten, verbrachten alle befragten Frauen mehr Zeit mit Hausarbeit als zuvor. Im Ge-

gensatz dazu hängt die Zeit, die Männer der Hausarbeit widmen, von der Arbeitsorganisation ihrer Partnerin ab: Männer, deren Partnerin weiterhin an ihrem gewohnten Arbeitsplatz arbeiten, verbringen mehr Zeit mit der Hausarbeit als zuvor. Der Zusammenhang zwischen der für die Kinderbetreuung aufgewendeten Zeit und den Arbeitsregelungen ist symmetrischer: Sowohl Frauen als auch Männer verbringen weniger Zeit mit ihren Kindern, wenn sie weiterhin ausser Haus arbeiten. Schliesslich zeigt die Analyse in Bezug auf die Zufriedenheit mit der Work-Life-Balance, dass berufstätige Frauen mit Kindern im Alter von 0 bis 5 Jahren nach eigenen Angaben während der Covid-19-Krise die Vereinbarkeit von Beruf und Familie schwieriger finden. Die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ist besonders schwierig für diejenigen, deren Partner während der Krise weiterhin ausserhalb des Hauses arbeiteten.

Frodermann, C. / Grunau, P. / Haepf, T. / Mackeben, J. / Ruf, K. / Steffes, S. / Wanger, S. (2020): Wie Corona den Arbeitsalltag verändert hat. IAB Kurzbericht 13/2020, Nürnberg.

Von April bis Mai 2020 wurden rund 1 200 Beschäftigte zu ihrem Arbeitsalltag während der Corona-Krise online befragt. Ihre Angaben sind repräsentativ für Personen, die in privatwirtschaftlichen Betrieben mit mindestens 50 Beschäftigten arbeiten und beruflich digitale Informations- und Kommunikationstechnologien nutzen. Rund 27 Prozent dieser Beschäftigten sind infolge der Covid-19-Pandemie in Kurzarbeit gegangen. Personen ohne Hochschulabschluss und Beschäftigte in der Produktion sind häufiger von Kurzarbeit betroffen. Die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden sanken im Vergleich zum Vorjahr, insbesondere aufgrund von Kurzarbeit, im Durchschnitt um 15 Prozent. Zudem werden seltener Überstunden gemacht und mehr als die Hälfte der Befragten baute bereits Urlaubs- oder Arbeitszeitguthaben ab. Ein Fünftel derjenigen, die vor der Corona-Krise ausschliesslich im Betrieb arbeiteten, arbeiten nun ganz oder teilweise im Home-Office. Drei Viertel der Beschäftigten, die derzeit von zu Hause aus arbeiten, verbringen mehr als 50 Prozent ihrer Arbeitszeit im Home-Office. Die Hälfte arbeitet sogar vollständig in den eigenen vier Wänden. Personen, die derzeit Kinder betreuen, arbeiten häufiger zu anderen Zeiten und sehen ihre Arbeit verglichen mit Personen ohne Betreuungsaufgaben als weniger effizient.

Globisch, C. / Osiander, C. (2020): Sind Frauen die Verliererinnen der Covid-19-Pandemie? IAB-Forum.

Dieser Beitrag widmet sich der Frage, ob sich bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern während der Pandemie eher verschärft oder eher eingeebnet haben. Die Daten wurden durch eine Online-Befragung erhoben. Als erstes Ergebnis liess sich nachweisen, dass sich die berufliche Arbeitszeit von Frauen auch in der Krise von derjenigen erwerbstätiger Männer deutlich unterschreitet. Bei beiden Geschlechtern reduzierte sich während der Pandemie im Juni 2020 die Erwerbsarbeit. Auch wenn die Männer ihre Erwerbsarbeitszeit etwas stärker verringert haben als die Frauen, besteht hier weiterhin eine spürbare Lücke zwischen den Geschlechtern. Darüber hinaus zeigt sich, dass Mütter vor und während der Pandemie den grösseren Teil der Kinderbetreuung übernahmen – auch in der Wahrnehmung der Männer. Jedoch beteiligen sich Männer in der Pandemie stärker an dieser Aufgabe als vorher. Die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern bleibt alles in allem stabil. Geschlossene Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen bedeuten generell eine hohe Belastung für alle Eltern, die nicht auf die Hilfe Dritter zurückgreifen können. Sie müssen in einer solchen Situation entscheiden, wie sie Erwerbs- und Sorgearbeit untereinander aufteilen. Sie greifen dabei vorwiegend auf bereits etablierte Verteilungsmuster zurück, in denen Frauen die grössere Last unbezahlter Sorgearbeit tragen. Gleichwohl zeigen sich in der Pandemie gewisse Veränderungen, die unter dem Strich eher gegen als für die sogenannte «Retraditionalisierungsthese» sprechen. Dies gilt insbesondere für eine verstärkte Beteiligung der Männer an der Kinderbetreuung. Ob diese zaghaften Veränderungen hin zu mehr Beteiligung von Männern, die häufig der jüngsten Notsituation und den Home-Office-Bedingungen geschuldet sein dürften, die Krise überdauern werden, ist eine offene Frage.

Grabka, M. M. / Braband, C. / Göbler, K. (2020): Beschäftigte in Minijobs sind VerliererInnen der coronabedingten Rezession. DIW Wochenbericht 45, DIW, Berlin.

Die Untersuchung belegt, dass die Corona-Krise für Einbrüche bei Minijobs sorgt: 850 000 oder zwölf Prozent weniger geringfügig Beschäftigte im Juni

2020 als noch ein Jahr zuvor. Branchen mit hohem Minijobanteil, beispielsweise das Gastgewerbe und Veranstaltungsorganisation, sind von coronabedingtem Jobabbau besonders betroffen. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hingegen ist im selben Zeitraum nur um 0,2 Prozent gesunken. Ein gewichtiger Unterschied dieser beiden Arbeitsverhältnisse: Der Anspruch auf Kurzarbeitsgeld ist an die Sozialversicherungspflicht gebunden. Der Minijobsektor ist von 2003 bis 2019 deutlich gewachsen, nämlich um 43 Prozent: auf 7,6 Millionen Beschäftigte. Unabhängig von der aktuellen Situation ist er reformbedürftig. Ein möglicher Ansatz wäre unter anderem eine Absenkung der Geringfügigkeitsschwelle von 450 auf 300 Euro, um möglichst viele Minijobs in sozialversicherungspflichtige Jobs umzuwandeln.

Hammerschmid, A. / Schmieder, J. / Wrohlich, K. (2020): Frauen in Corona-Krise stärker am Arbeitsmarkt betroffen als Männer. DIW Aktuell 42, DIW, Berlin.

Zentrales Ergebnis der Untersuchung ist: von der Erhöhung des Kurzarbeitsgeldes profitieren Frauen tendenziell weniger als Männer, da sie seltener eine Aufstockung vonseiten ihrer Arbeitgeber*innen auf das volle Gehalt erhalten. Für viele verheiratete Frauen fällt das Kurzarbeitsgeld besonders gering aus, da es sich oft nach dem in der Steuerklasse berechneten Nettogehalt orientiert. Der vereinfachte Zugang zum Kinderzuschlag könnte vor allem Elternpaaren und Alleinerziehenden helfen, die aufgrund der Covid-19-Pandemie kurzfristige Einkommenseinbußen erfahren haben. Entschädigungen für die Kinderbetreuung nach dem Infektionsschutzgesetz wurde ersten Zahlen aus zwei Bundesländern zufolge tendenziell eher selten beantragt.

Hobler, D. / Lott, Y. / Pfahl, S. (2020): Stand der Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. WSI Report Nr. 56. 02/2020, Düsseldorf.

Eine knappe und zusammenfassende Übersicht über den aktuellen Stand der Geschlechtergleichstellung in Deutschland mit Fokus auf den Arbeits-

markt. Der Report ermöglicht anhand zentraler Indikatoren eine Gesamtschau über den Stand der Geschlechtergleichstellung auf Basis des WSI GenderDatenPortals.

Hobler, D. / Pfahl, S. / Zucco, A. (2020a): 30 Jahre Deutsche Einheit – Gleichstellung von Frauen und Männern in Ost- und Westdeutschland. WSI Report Nr. 60. 09/2020, Düsseldorf.

Die Studie stellt eine differenzierte Betrachtung über die Entwicklung der Geschlechterungleichheiten in Ost- und Westdeutschland. Auf Basis der im WSI GenderDatenPortal vorliegenden Analysen und Zeitreihen untersucht dieser Report anhand von 27 Indikatoren aus den Bereichen Bildung, Erwerbsarbeit, Einkommen, Zeit, Kinderbetreuung und Partizipation, ob und in welchem Umfang sich die beiden Landesteile in den letzten drei Jahrzehnten angenähert haben.

Hübener, M. / Schmitz, L. (2020): Corona-Schulschließungen: Verlieren leistungsschwächere SchülerInnen den Anschluss? DIW Aktuell 30, Berlin.

Diese Analyse zeigt, dass sich Schulkinder signifikant in der schulischen Motivation, den häuslichen Bedingungen und in den Unterstützungsmöglichkeiten durch die Eltern unterscheiden – mit Einfluss auf ihr jeweiliges Leistungsniveau. Da es auf diese Faktoren für den Lernerfolg in der derzeitigen Situation stärker denn je ankommt, drohen Bildungsungleichheiten und Leistungsunterschiede noch zuzunehmen. Etwa, wenn leistungsschwächere Schüler*innen weniger motiviert sind und schlechtere häusliche Lernbedingungen vorfinden. Auch vor dem Hintergrund bevorstehender wichtiger Übergänge von Schüler*innen an weiterführende Schulen sollten daher dringend Angebote geschaffen werden, die es allen Kindern ermöglichen, individuelle Unterstützung beim Aufholen erhalten zu können. Das gilt auch für die Zeit, wenn die Schulen wieder geöffnet haben und regulärer Unterricht stattfindet.

Kohlrausch, B. / Zucco, A. (2020): Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt. Weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit. WSI Policy Brief Nr. 40. 05/2020, Düsseldorf.

Eine Studie des WSI nach dem ersten Lockdown, im Mai 2020. Zentrale Aussage der Studie: Die Last des Lockdowns trifft Männer und Frauen. Allerdings wird deutlich: «diese Last der verminderten Erwerbstätigkeit einerseits und der vermehrten Kinderbetreuung andererseits trifft Frauen aber noch stärker als Männer, was vor allem auf lange Sicht verheerende Folgen haben kann.»

Kohlrausch, B. / Zucco, A. / Hövermann, A. (2020): Verteilungsbericht 2020. Die Einkommensungleichheit wird durch die Corona-Krise noch weiter verstärkt. WSI Report Nr. 62, November 2020, Düsseldorf.

Dieser WSI-Report von Ende 2020 greift zurück auf eine Erwerbspersonen-Befragung, die während der Krise von der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt wurde. Er gibt vorsichtige Einschätzungen zur ökonomischen Entwicklung insbesondere in Bezug auf die Einkommensungleichheit. Die Ergebnisse verdeutlichen sehr eindringlich, dass Personen mit geringen Einkommen häufiger Einbrüche im Einkommen hinnehmen mussten – und dass ihre Einbussen zudem auch stärker ins Gewicht fallen. Erwerbstätige mit hohem Einkommen und Beschäftigte in Normalarbeitsverhältnissen haben hingegen kaum krisenbedingte Verluste verzeichnet. Fazit der Studie: die Corona Krise verschärft die soziale Ungleichheit.

Kreyenfeld, M./Zinn, S./Entringer, T./Goebel, J./Grabka, M. M./Graeber, D./Kroh, M./Kröger, H./Kühne, S./Liebig, S./Schröder, C./Schupp, J./Seebauer, J. (2020): Coronavirus & care: how the coronavirus crisis affected fathers' involvement in Germany. SOEPpapers 1096, Berlin.

Diese Studie aus der Reihe SOEPpapers basiert auf Daten des sozio-ökonomischen Panels und untersucht, inwiefern die Corona-Krise die Belastung durch unbezahlte Sorgearbeit bei Männern und Frauen verändert hat. Sie betrachtet die Mehrbelastung mit unbezahlter Sorgearbeit während des ersten Lockdowns differenziert nach Geschlecht, Bildung und Arbeitsver-

hältnis. Überraschendes Ergebnis: In der Gesamtschau hat sich die Belastung durch unbezahlte Sorgearbeit für Männer und Frauen im ersten Lockdown ungefähr gleich erhöht. Jedoch sind es vor allem die Männer aus unteren und mittleren Bildungsschichten, die mehr unbezahlte Sorgearbeit leisten als vor dem Lockdown. Männer mit einem hohen Bildungsniveau haben dagegen kaum eine Erhöhung ihrer Arbeitsbelastung durch unbezahlte Sorgearbeit im ersten Lock-Down zu verzeichnen.

Kruppe, T. / Osiander, C. (2020): Kurzarbeit in der Corona-Krise: Wer ist wie stark betroffen? IAB Forum, 30. Juni 2020.

Im Mai 2020 waren etwa 20 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen von Kurzarbeit betroffen – knapp die Hälfte davon mit einem Arbeitsausfall von rund 50 Prozent, so das Fazit dieser kleinen Studie, veröffentlicht im IAB Forum.

Kulic, N. / Dotti Sani, G. M. / Strauss, S. / Bellani, L. (2020): Economic disturbances in the COVID-19 crisis and their gendered impact on unpaid activities in Germany and Italy. European Studies, online first.

Diese Studie – auf Basis von Zahlen aus dem ersten Lockdown – stützt die These einer sogenannten «Retraditionalisierung» von geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung in deutschen Haushalten.

Minello, A. / Martucci, S. / Manzo, L. K. C. (2020): The pandemic and the academic mothers: present hardships and future perspectives. European Societies, online first.

Diese Studie widmet sich den akademischen Müttern. Akademische Arbeit lässt sich besonders schwierig mit Sorgearbeit kombinieren. Wie akademische Mütter den Lockdown schaukelten und ihre Prioritäten veränderten wird hier auf Basis von qualitativen Interviews herausgearbeitet. Wenig überraschendes Ergebnis: Akademische Mütter führen während des Lockdowns ihre wissenschaftlichen Tätigkeiten deutlich zurück: weniger For-

schung, weniger Publikationen. Zu erwarten ist daher im Vergleich zu den Männern ein Nachteil, was die zukünftige akademische Karriere angeht.

Möhring, K./Naumann, E./Reifenscheid, M./Wenz, A./Rettig, T./Krieger, U./Friedel, S./Finkel, M./Cornesse, C./Blom, A. G. (2020): The COVID-19 pandemic and subjective well-being: longitudinal evidence on satisfaction with work and family. European Societies, online first.

Diese Studie liefert eine Einschätzung, ob die Lockdowns zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie – Telearbeit, Kurzarbeit und Schliessung von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen – unmittelbare Auswirkungen auf die deutsche Bevölkerung im Hinblick auf Veränderungen der Zufriedenheit mit Beruf und Familie haben. Anhand der Daten, die vor und während des Lockdowns erhoben wurden, wird untersucht, wie sich die Zufriedenheit mit der Familie und der Arbeitszufriedenheit von Einzelpersonen während des Home-Office und der Kurzarbeit verändert hat. Der befragte Personenkreis waren Mütter, Väter und Personen ohne Kinder. Die Ergebnisse zeigen einen generellen Rückgang der Familienzufriedenheit. Ebenso festgestellt wird ein allgemeiner Rückgang der Arbeitszufriedenheit, der bei Müttern und kinderlosen Menschen, die auf Kurzarbeit umsteigen müssen, am stärksten ausgeprägt ist. Dagegen ist das Wohlbefinden der Väter weniger negativ betroffen und ihre Familienzufriedenheit steigt nach dem Wechsel in eine Kurzarbeit sogar. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass sich die Umstände des Lockdowns in Deutschland generell negativ auf die Arbeits- und Familienzufriedenheit von Einzelpersonen auswirken, während die Auswirkungen bei kinderlosen Personen, Müttern und Vätern unterschiedlich sind, wobei letztere am wenigsten betroffen sind.

Müller, K.-U. / Samtleben, C. / Schmieder, J. / Wrohlich, K. (2020): Corona-Krise erschwert Vereinbarkeit von Beruf und Familie vor allem für Mütter – Erwerbstätige Eltern sollten entlastet werden. DIW-Wochenbericht Nr. 19, S. 331-340.

Der DIW-Wochenbericht nimmt die Vereinbarkeitsproblematik erwerbstätiger Eltern und ihre Zuspitzung während der Corona-Krise in den Blick.

Fazit: es sollte eine Corona-Elternzeit und ein Corona-Elterngeld geben, da Betreuungsmöglichkeiten für viele Eltern nicht vorhanden sind und sie somit in eine ähnliche Lage geraten, wie im ersten Kinderjahr.

Reichert, M. / Makovi, K. / Sargsyan, A. (2020): The impact of COVID-19 on gender inequality in the labor market and gender-role attitudes. European Societies, online first.

Ein Vergleich von Daten aus den USA, Deutschland und Singapur zeigt, dass Frauen im Gesamten stärker betroffen sind von Veränderungen in Bezug auf Arbeitslosigkeit, Reduzierung der Arbeitszeiten und Home-Office als Männer. Die Arbeitsteilung veränderte sich jedoch auch abhängig davon, wer innerhalb der Familie Veränderungen in der Lohnarbeit hatte: Wenn Männer arbeitslos wurden, aber ihre Partnerinnen ihre Erwerbsarbeit behielten, entwickelten die Paare eine egalitärere Arbeitsaufteilung. Wenn Frauen arbeitslos wurden und ihre Partner nicht, war das Gegenteil der Fall.

Samtleben, C. / Lott, Y. / Müller, K.-U. (2020): Auswirkungen der Ort-Zeit-Flexibilisierung von Erwerbsarbeit auf informelle Sorgearbeit im Zuge der Digitalisierung. Expertise für den dritten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung.

Diese nicht auf Corona bezogene Expertise für den dritten Gleichstellungsbericht beinhaltet interessante Erkenntnisse, die in Bezug auf Home-Office in Corona-Zeiten und Veränderungen in der Verteilung der unbezahlten Sorgearbeit relevant sind. Wenn Frauen im Home-Office arbeiten, übernehmen sie mehr informelle Sorgearbeit als Männer, die im Home-Office arbeiten. Home-Office bedeutet daher vor allem für Frauen eine Tendenz zur Erhöhung der unbezahlten Sorge-Arbeit. Solche Erkenntnisse sollten in weiteren Diskussionen zur Flexibilisierung und Digitalisierung des Arbeitens berücksichtigt werden.

Schäfer, H. / Schmidt, J. (2020): Arbeitsmarkt in Corona-Zeiten: kein Nachteil für Frauen. IW-Kurzbericht, 64/2020.

In Bezug auf Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit – so das Fazit des Kurzberichts vom Institut der deutschen Wirtschaft – seien kaum bis keine geschlechtsspezifischen Nachteile der Corona-Zeit festzustellen.

Zoch, G. / Bächmann, A.-C. / Vicari, B. (2020): Who cares when care closes? Care-arrangements and parental working conditions during the COVID-19 pandemic in Germany. European Societies, online first.

Auch diese Studie betrachtet die ersten Monate der Pandemie und kommt zu ähnlichen Ergebnissen, wie die meisten Studien aus dieser Zeit: Mütter übernehmen einen grösseren Anteil der zusätzlich anfallenden Sorgearbeit. Besonderheit: es werden Daten aus drei verschiedenen Datensätzen herangezogen – die Aussagen dürfen also als vergleichsweise valide gesehen werden.